

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis
Wochenblatt 30 Bk. monatlich 1.50 Bk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

N O S W

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Sonnabend, den 10. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Schwedens Antwort an Amerika.

Kämpfe im Westen - Englische Angriffe bei Serre, Baillecourt, Pierre-Baast - Vorstoß bei Fierey - Luftkämpfe im Januar.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 9. Februar 1917. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Sperr- und Wüstschote-Bogen sowie von der Ancre bis zur Somme herrschte lebhafter Artilleriekampf.

Sonntags griffen die Engländer bei Serre an; sie wurden abgewiesen.

Auf dem Nordufer der Ancre folgten nach kurzer Unterbrechung neue Angriffe ein, in deren Verlauf wir bei Baillecourt etwas Boden verloren.

Nördlich des St. Pierre-Baast-Waldes ist von einem im Ganzen gescheiterten Vorstoß der Engländer eine schmale Einbruchsstelle verblieben, die abgeriegelt ist.

Zwischen Mead und Rosel stieß bei Fierey nach wirksamer Feuerbereinigung eine Kompagnie bis in die dritte französische Linie vor und brachte bei geringem eigenen Verlust 26 Gefangene zurück.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Von der Duna bis zur Donau keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Die Flieger erfüllten im Januar trotz strenger Kälte ihre wichtigen Beobachtungs-, Erkundungs- und Angriffsaufgaben.

Wir verloren im verflochtenen Monat 34 Flugzeuge.

Die Engländer, Franzosen und Russen häßten in Luftkämpfen und durch Abschuss von der Erde 55 Flugzeuge ein, von denen 29 jenseits der Linien erkennbar abgeflürzt, 26 in unserem Besitz sind.

Außerdem wurden 3 feindliche Fesselballons brennend zum Absturz gebracht; wir verloren keinen Ballon.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, den 9. Februar. Abends.

Im Westen nur an der Somme rege Feuer-tätigkeit.

In Rußland, Rumänien und Mazedonien keine besonderen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 9. Februar 1917. (W. L. S.) Amlich wird veröffentlicht:

Westlicher Kriegsschauplatz.

An einigen Stellen der Front lebhaftere Artillerietätigkeit und für uns günstige Patrouillenunternehmungen.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Doerfler, Feldmarschalleutnant.

Die gespannte Wartezeit.

Die Frage nach dem weiteren Verhalten Amerikas beherrscht zwar nicht als einzige den gegenwärtigen Tag, aber sie hält sich natürlich in der vorderen Linie.

Beamten wird erwartet, daß sie jede Lat vermeiden werden, die irgendwie zweifelhaft erscheinen könnte.

Diesen Anweisungen paßt sich eine weitere Erklärung an, die als eine Antwort gelten kann auf die in der englischen Presse vernehmlich gewordenen Hoffnungen, daß die amerikanische Kriegsflotte fröhlich das Amt der Schutzpolizei gegen die U-Boote im Atlantischen Ozean übernehmen werde.

Die Erklärung richtet sich aber nur durch die Blume an diese englischen Vorschläge und Wünsche. Sie ist den amerikanischen Readern gegeben. Nach einer Depesche des „New York Herald“ aus Washington, die der „Nation“ übernimmt, erklärt die Regierung, es sei augenblicklich materiell unmöglich, alle amerikanischen Schiffe, welche die Blockadezone berühren, begleiten zu lassen.

Es sei ungerade, ihnen die Verantwortung für Handlungen zu überlassen, welche den Krieg entfesseln könnten.

Als auch hier eine Frage, die zunächst ohne Antwort bleibt. Die Politik des Präsidenten Wilson wünscht zunächst alles zu meiden, was ihn den Vorwurf aufhellen könnte, sie habe den Konflikt, den der erste Versuch angebahnt hat, gesucht und gewollt.

Die Matrosenverhaftungen und Schiffsbefehlsnahmen. Berlin, 9. Februar. Nach einer hier eingegangenen direkten Meldung der „New York Times“ haben weder die Militär- noch die Marinebehörden die Verhaftung deutscher Matrosen angeordnet.

New York, 9. Februar. (Funkpruch vom Vertreter des W. L. S.) Washingtoner Depeschen finden es im Hinblick auf die übertriebenen und irreführenden Berichte über die einfachsten, seit Abbruch der Beziehungen zu Deutschland ergriffenen Verwaltungsmassnahmen bezeichnend, daß die hartnäckigen Meldungen über die bevorstehende Beschlagnahme der durch den Krieg in amerikanischen Häfen festliegenden Schiffe eine autorisierte Erklärung hervorgerufen haben, daß ein solcher Schritt nicht einmal erwogen werde.

Osaka, 9. Februar. Die „United Press“ meldet aus Washington: Was die Beschädigungen der Maschinen der deutschen internierten Schiffe durch die Verhaftungen anlangt, so erkenne die Regierung das Recht der deutschen Kommandanten dazu an, falls die unbrauchbar gemachten Schiffe die Schifffahrt nicht behinderten oder in Gefahr brächten.

Ueber 60000 Tonnen in zwei Tagen vernichtet.

Osaka, 9. Februar. Die „United Press“ meldet aus London über den, wie sie sagt, „schwersten Beginn“ des neuen Tauchbootkrieges: Am Dienstag und Mittwoch wurden 27 Schiffe mit einem gesamten Schiffstonneninhalt von mehr als 60000 Tonnen versenkt.

Der „Secolo“ hatte für den ersten Tag vom 6. zum 7. Februar in einer Nachricht vom Mittwoch abend 52000 Tonnen Verlust gemeldet.

Paris, 9. Februar. Im „Echo de Paris“ bemerkt Marcel Gutin: Man gehe nicht fehl, wenn man den Verlust an Schiffsladerraum, der während der letzten drei Tage an der französischen Küste zu verzeichnen war, auf ungefähr 30000 Tonnen veranschlagt.

Gutin weist noch darauf hin, daß nach Ansicht der amerikanischen Behörden das bewaffnete Wasserflugzeug sowie das Luftschiff die besten Verteidigungsmittel gegen Tauchboote darstellen.

Schwedens Urteil.

Die Vereinigten Staaten haben in frühlichem Vertrauen auf ihre Kraft, die schier kein Hindernis konnte, niemals die Mären der geheimen Diplomatie geliebt. Das geflügelte Wort von den Hemdärmeldiplomaten ist trefflich auf zahlreiche ihrer Staatsmänner geprägt, die in den Staatskanzleien die robusten Naturburschen spielen.

Aber die Neutralen in Deutschlands Nachbarschaft haben herzlich wenig Lust als Druckmittel zu dienen, welche befre Aufgabe ihnen der Präsident, der fern vom Schuß ist, zuweist.

Am nachdrücklichsten hat sich Schweden gegen die freundschaftliche Annäherung gewehrt, Waffer für die Wilsonsche Neutralitätsliga zu sein.

Die schwedische Regierung erinnert Wilson, daß nicht humanitäre Erwägungen und völkerrechtliche Rücksichten, sondern die „Interessen“ der Vereinigten Staaten ihre Politik bestimmen haben, als sie die Bitte Schwedens abschlugen, die Rechte der Neutralen gegen die Entente zu sichern.

In dem kraftstrotzenden Riesenreich der Union wird mit anderen Maßstäben als im alten Europa gemessen. Wie die Menschen, so sieht man die Staaten weniger auf ihre Vergangenheit als auf ihre Zukunft an.

Die Note an Wilson.

Stockholm, 8. Februar. (Meldung des Svenska Telegrambyran.) Die Note, die der schwedische Minister des Aeußern dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Nelson Morris, in Beantwortung des Vorschlages des Präsidenten Wilson an die Neutralen übergeben hat, hat folgenden Wortlaut:

Indem ich Bezug nehme auf Ihren Brief vom 5. Februar durch den Sie der königlichen Regierung die Ansicht des Präsidenten Wilson mitgeteilt haben, daß es im Interesse des Friedens angezeigt sei, aus Anlaß der neuen Seesperre, die von der Deutschen Regierung erklärt worden ist, eine der Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika ähnliche Haltung einzunehmen, habe ich die Ehre, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Die Politik, die die Regierung des Königs während des Krieges befolgt hat, ist streng unparteiische Neutralität.

Die königliche Regierung hat alles ihr Mögliche getan, um treu alle Pflichten zu erfüllen, die ihr diese Politik auferlegt, und gleichzeitig hat sie soweit möglich die Rechte geltend gemacht, die daraus abzuleiten sind.

Mit Bedauern hat die Regierung des Königs festgesetzt, daß die Interessen der Vereinigten Staaten ihnen nicht erlaubt haben, sich diesen Vorschlägen anzuschließen.

Die so von der Regierung des Königs gemachten Vorschläge haben zu einem System von gemeinsamen Maßnahmen zwischen Schweden, Dänemark und Norwegen gegenüber den beiden kriegsführenden Parteien geführt.

In der Politik, die die Regierung des Königs zur Aufrechterhaltung ihrer Neutralität und zur Sicherung der legitimen Rechte des Landes befolgt, ist die Regierung des Königs, die ein Herz hat für die unbeschreiblichen Leiden, die von Tag zu Tag grausamer auf der ganzen Menschheit lasten, bereit, jede sich darbietende Gelegenheit zu ergreifen, um zur

Herbeiführung eines nahen, dauernden Friedens beizutragen. Sie hat sich daher bereit, sich der edlen Initiative des Präsidenten anzuschließen, zu dem Zwecke, die Möglichkeiten zur Herbeiführung von Verhandlungen zwischen den Kriegsführenden zu prüfen.

Der Vorschlag, der den Gegenstand des gegenwärtigen Schriftwechsels bildet, gibt als Ziel die Abklärung der Nebel des Krieges an. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten hat als Mittel, zu diesem Ziel zu kommen

ein Verfahren gewählt, das durchaus im Gegensatz zu den Grundsätzen steht,

die bis zur gegenwärtigen Stunde die Politik der königlichen Regierung geleitet haben.

Die Regierung des Königs, die sich fügt auf die Meinung der Nation, wie sie durch die einstimmigen Resolutionen ihrer Vertreter dargelegt wurde, will in Zukunft wie in der Vergangenheit den Weg der Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber den beiden kriegsführenden Parteien weiter verfolgen und wird nur dann ihn zu verlassen geneigt sein, wenn die Lebensinteressen des Landes und die Würde der Nation sie zwingen, ihre Politik zu ändern.

Wollen Sie usw.

gez. S. A. Ballenberg.

Die Schweiz an Amerika und an Deutschland.

Bern, 9. Februar. Nachdem der Bundesrat bereits am vergangenen Montag eine vorläufige Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson erteilt hatte, hat heute der Bundesrat den endgültigen Wortlaut der Note an Amerika festgesetzt. In ihr werden die Gründe auseinandergesetzt, die der Schweiz verbieten, sich dem Vorgehen anzuschließen und aus der Neutralität herauszutreten. Ferner hat heute der Bundesrat den Wortlaut der Note an Deutschland festgesetzt, in der zu der verschärften Unterseebootsperre die Stellung der Schweiz umschrieben wird. Die Noten werden morgen in Berlin und Washington überreicht werden.

Ein holländisches Weißbuch über den verschärften U-Boot-Krieg.

Haag, 9. Februar. Das Korrespondenz-Bureau meldet: Dieser Tage wird den Generalstaaten ein Weißbuch mit der roten Aufschrift „Der verschärfte U-Boot-Krieg“ und den Antworten der niederländischen Regierung vorgelegt werden.

Spanien an Amerika.

Paris, 9. Februar. Meldung der Agence Havas. Die Zeitungen melden aus Madrid, daß der Minister des Auswärtigen dem amerikanischen Botschafter als Antwort auf den Präsidenten Wilson eine Abschrift der Antwort der spanischen Regierung an Deutschland überreicht und hinzugefügt habe, Spanien könne keine andere Haltung einnehmen, als die in der Antwort an die Mittelmächte angegeben sei.

Paris, 9. Februar. Meldung der Agence Havas. Laut Blättermeldungen aus Madrid ist Österreich-Ungarn eine mit der Antwort an Deutschland genau übereinstimmende Antwort erteilt worden.

Wilson's Friedensnote ein kriegstatistisches Manöver.

Der Kopenhagener „Socialdemokrat“ sagt: Der Hungerkrieg ist gleich unmenschlich, ob er nun von der einen oder anderen Seite ausgeführt wird. Aber England sucht seine Seeherrschaft zu behaupten, indem es die neutrale Tonnage zu eigenem Vorteil ausnützt und alle Ausfuhr nach Deutschland mit den alten Seekriegsmethoden verhindert: Kreuzer, Torpedoboote, Minen usw. Deutschland ist dagegen wesentlich auf die neue Methode angewiesen: die Unterseeboote, die infolge der Natur der Sache grausamer in ihren Wirkungen ist.

Man versteht es, daß die Inhaber der alten Seekriegstechnik gegen die neue Technik protestieren, und zwar im Namen der Humanität, wie sicherlich die mittelalterlichen adligen Ritter mit Schild und Panzer ärgerlich gegen die neue Feuerwaffe protestierten, die es erbärmlichen Bauern erlaubte, in weiter Entfernung, vielleicht verdeckt, unsichtbar, den Feind zu ermorden und damit das ganze Lehnwesen zu untergraben, ohne alle Rücksicht auf die alten ritterlichen Kampfregeln.

Es will uns vorkommen, als hätte Amerika nicht in gleicher Weise Neutralität bewiesen gegenüber der Entente und den Zentralmächten, und daß es deswegen jetzt in eine Situation gekommen ist, die nicht gleichartig ist mit der, worin die absolut und gleichmäßig neutralen Staaten sich befinden.

Sollte auch Wilson nur ein Werkzeug in der Hand härterer Kräfte sein und sollte Lansing mehr Recht gehabt haben, als der Wilson's Friedensnote von rein egoistisch-amerikanischem Charakterpunkt aus erklärte: der Krieg bedrohe nun auch Amerika; deswegen müsse Amerika versuchen, den Frieden zustande zu bringen? Oder war die Friedensnote nur ein taktisches Manöver, wonach es leichter war, die öffentliche Meinung zu sammeln, um einen eventuellen Bruch mit Deutschland und den in solchem Fall erwarteten Widerstand von irischer und deutschamerikanischer Seite zu überwinden?

Bernstorffs und Gerards Abreise.

Nach einer in Berlin eingetroffenen Nachricht wird sich der Botschafter Graf Bernstorff mit dem diplomatischen und konsularischen Personal am 18. d. Mts. in New York auf dem Dampfer Friedrich VIII der skandinavischen Linie einschiffen. Der amerikanische Botschafter Gerard wird mit dem Personal der Botschaft Berlin

dieser Tage verlassen. Die Reuter aus Washington meldet, wird amtlich bekanntgegeben, daß Großbritannien und Frankreich dem Grafen Bernstorff und seinem Personal freies Geleit gewährt haben.

Das Ringen gegen die Schiffsraumnot.

Mit Hochdruck wird von der Entente an der Lösung des Problems gearbeitet, die Schiffsraumnot zu beseitigen. Jeder Tag bringt Meldungen, die dieses ungeheuer wichtig gewordene Aktionsfeld des Weltkriegs beleuchten.

Von englischer Seite ist ein Angebot an die norwegischen Reederei ergangen, die in englischen Häfen liegenden norwegischen Schiffe zu verkaufen. Die Zeitung „Tidens Tegn“, die sogar von einem Angebot zum Ankauf der ganzen norwegischen Tonnage spricht, warnt jetzt in einem Aufsatz unter der Überschrift „Selbstaufgabe“ davor, auf ein derartiges Anerbieten einzugehen. Das norwegische Reich und Ansehen in der Welt verleihe, sei seine Handelsflotte. Trotz der Schwierigkeiten, die der Krieg verursacht, sei zu hoffen, daß die norwegische Regierung andere und würdigere Mittel finden werde, die norwegische Handelsflotte zu schützen, als die Flotte zu streichen.

Dem Kristianiaer „Morgenbladet“ zufolge liegen auch von französischer Seite Kaufangebote auf norwegische Tonnage vor, nicht so sehr auf schwimmende als vielmehr auf im Bau befindliche Schiffe, die für norwegische Rechnung auf amerikanischen Schiffswerften liegen.

Im englischen Unterhaus teilte Sir Leo Money in Vertretung des Schiffsraumdiktators mit, Abmachungen seien getroffen, um ein umfangreiches Bauprogramm für Handelschiffe nach mehreren geeigneten Typen durchzuführen. Außerdem würden alle Anstrengungen gemacht, den Bau geeigneter Handelschiffe, die sich gegenwärtig in Arbeit befinden, zu beschleunigen. Wer wird mehr Tonnage täglich zwingen: die Arbeit oder die Zerstörung? Es ist ein Jagen zwischen beiden um den Weltrekord.

Eine weitere Meldung, die dieses Thema betrifft, kommt aus Athen. Dort läßt die Entente, wenn die Nachricht des „Corriere della Sera“ auf Tatsachen fußt, wieder einmal die rohe Gewalt spielen. Neulich hieß es noch, daß man halbwegs in geordneter Form mit den griechischen Reedereien wegen Gebrauchs ihrer Schiffe zurechtzukommen versuche. Freilich war es eine Art Zwangspacht, die man ihnen zumute. Darauf sind die Reederei aber, wie es nun scheint, nicht eingegangen und es wird denn die Drohung ausgeführt, die man dem ersten Ansturm wie einen Brandbush an den Schweiß des Opfers anhängt. Wie „Corriere della Sera“ meldet, haben die Alliierten alle griechischen Schiffe beschlagnahmt oder gepachtet.

Kauf, Vacht, Bau, Raub — alle Mittel werden eingesetzt, um die Tonnagenot zu bändigen. Um die „Zivilisation“ zu retten, wird die Kultur zu Weitschmähungen gezwungen.

Die sehr schwierige Einheitsaktion.

Die Petersburger Konferenz und die neue Lage.

Der diplomatischen Konferenz der Entente, die vor einer Reihe von Tagen in Petersburg zusammentrat, fehlt die laute Begleitmusik, die der vorläufigen Konferenz in Rom getrimmet war, durchaus. Jetzt kommt — über Italien — ein Lebenszeichen. Daß es von großer Stimmung getragen wäre, kann man nicht sagen. Was fast aus der Dauer der Konferenz schon zu schließen war, wird durch die wehigen Jellen der Mitteilung in gewissem Sinne bestätigt: man steht vor Schwierigkeiten, vor bedeutenden sogar.

Der Petersburger Mitarbeiter von „Corriere della Sera“ meldet, infolge der neuen Lage seien in Petersburg auf der Konferenz der Alliierten weitere ernste Beschlüsse zu fassen. In einer Unterredung mit Journalisten erklärte Lord Milner, der Vorsitzende einer einheitlichen Aktion ständen wegen der großen Entfernung der Fronten bedeutende Schwierigkeiten entgegen.

Unter diesen durch die großen Entfernungen veranlaßten Hemmnissen dürfte vor allem die Unzulänglichkeit und der Wirrwarr im russischen Bahnwesen noch immer eine erhebliche Rolle spielen.

Der erste Stoß soll es bringen.

Bern, 8. Februar. Im „Echo de Paris“ schreibt General Oberst: Die Zivilisten hinter der Front dürfen nicht infolge verdammten Wertes Enternung das Oberkommando zur Offensive drängen, ehe alle Mittel zusammengebracht und bevor sie mit denjenigen unserer Alliierten in Einklang gebracht worden sind. Die Ergebnisse können nur entscheidend sein, wenn eine Ueberraschung mit solcher Ueberlegenheit an Mitteln ausgeführt wird, daß beim ersten Stoß das Gleichgewicht der gegenüberliegenden Front unrettbar gestört wird.

Bern, 8. Februar. Nach einer Meldung des „Koubeleste de Lyon“ hat der Seereschiffbau der französischen Kammer beschlossen, daß alle mobilisierten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften den aktiven und Reservekompanien zugeleitet werden sollen.

Der Krieg auf den Meeren.

Die Strecke der U-Boote.

Berlin, 9. Februar. Eines unserer in See befindlichen U-Boote meldet seine bisherigen Erfolge mit 16 000 Tonnen versenkten Schiffsraumes; ein anderes hat bisher 7 Dampfer und 3 Segelschiffe versenkt.

Und viele sind an der Arbeit!

Die Zahl der Versenkungen ums Dreifache gestiegen.

Bern, 9. Februar. („Frelk. Jtg.“) Der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird aus dem Haag gemeldet: Seit Beginn des verschärften Tauchboot-Krieges ist die Zahl der täglich versenkten Schiffe um das Dreifache gestiegen.

Versenkt.

Sagonian (4855 T.), englischer Dampfer. (Nobds.)
Sohne Castle (245 T.), englischer Dampfer. (Nobds.)
Rupert (114 T.), Fischerfahrzeug. (Nobds.)
Baung, schwedischer Dampfer. (Nobds.)

Bedamora (6380 T.), englischer Dampfer. (Nobds.)
Bangpakiss (259 T.), russischer Schooner. (Nobds.)
Thor 2, norwegisches Segelschiff, mit 13 000 Bästern Walfischöl von Südgeorgien nach England unterwegs. Mannschaft in Irland gelandet. (Kristiania-Nobdung aus Sandefjord.)

Die Versenkung des Lars Kruse.

Kopenhagen, 9. Februar. Die Nobds-Nobdung besagt, daß der dänische Dampfer Lars Kruse von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden sei, rasi hier großes Aufsehen hervor, da das Schiff in den Diensten des amerikanischen Hilfsausschusses für die notleidenden Belgier stand und mit einer Getreideladung für Belgien von Buenos Aires nach Rotterdam unterwegs war. „Nationaltidende“ erklärt, da das Schiff vermutlich am 4. Februar versenkt worden sei und nach der deutschen amtlichen Erklärung neutrale Schiffe bis zum 5. Februar geschützt werden sollten, so stehe die Versenkung sowohl mit dem Abkommen zwischen Deutschland und Amerika, als auch mit der amtlichen deutschen Erklärung im Widerspruch, da über die Besetzung in der Nobds-Nobdung nichts gesagt sei, so sei anzunehmen, daß sie gerettet sei.

Falls der Dampfer die vorgeschriebenen Abzeichen der belgischen Hilfskommission gefahren hat, erscheint eine Versenkung durch ein deutsches U-Boot ausgeschlossen. Bestimmtes kann erst nach Rückkehr unserer U-Boote festgestellt werden. (Siehe letzte Nachrichten.)

London, 8. Februar. Nobds meldet: Der amerikanische Schooner Charles R. Hull (84 Tonnen) ist auf der Fahrt von Guisport nach Rotterdam am Sonntag westlich von Terugos (Westindien) gesunken und vollständig verloren.

Kristiania, 9. Februar. Einer Drahtmeldung aus Vigo zufolge sind dort 26 Mann des versenkten Dampfers Rigel und der Segelschiffe Songdalo und Wasdale eingetroffen, die von einem holländischen Dampfer aufgenommen worden waren.

Die Versenkung der California.

London, 8. Februar. Das Reuter'sche Bureau meldet, daß sich an Bord des Dampfers California in ganzen 240 Personen befanden. Das Schiff war für die Verteidigung bewaffnet, konnte aber von seinen Geschützen keinen Gebrauch machen, da es das U-Boot überhaupt nicht zu Gesicht bekam. Die California sank in neun Minuten. Ein anderer Dampfer nahm kurze Zeit nach der Versenkung die Schiffbrüchigen auf und brachte sie an Land.

London, 8. Februar. Der einzige amerikanische Reisende auf der California ist gerettet worden.

Der Fall Gamma wird untersucht.

(Nichtamtlich.) Berlin, 9. Februar. Das Reuter'sche Bureau brachte vor kurzem eine Meldung aus London, daß der holländische Dampfer Gamma von neutraler Ladung torpediert sei. Dagegen wurde die deutsche Meldung gesetzt, daß holländische Reederei Befriedigung über Freilassung einer neutralen Zone westlich des deutschen Sperrgebietes ausgesprochen hätten. So nehme Deutschland die Interessen Neutraler wahr.

Dazu erzählt Wolffs Bureau von zutändlicher Seite, daß bereits zwischen der deutschen und holländischen Regierung ein Gedankenaustausch über den Fall Gamma stattgefunden hat, bei dem erstere eine genaue Untersuchung des Falles nach Rückkehr des betreffenden U-Bootes zugesichert hat.

Eines der ersten Opfer.

Kopenhagen, 8. Februar. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Der versenkte schwedische Dampfer Bravalla scheint eines der ersten Opfer des verschärften Unterseebootkrieges zu sein.

Ein Telegramm, das der Kapitän schon am 2. Februar aus Devonport abgesandt hat, enthält übrigens keine Bestätigung der Behauptung, daß die Deutschen die Besatzung beschossen hätten, während sie in die Boote ging. Der Dampfer war für eine Million Kronen Kriegesversicherung und für englische Rechnung besichert.

Kopenhagen, 8. Februar. Die dänischen Dampfer Vidar und Ricarta sind aus England hier eingetroffen. Der erste hatte in Hull und der zweite in New Castle vor Anker gelegen. Beide Dampfer hatten von den englischen Behörden den Befehl erhalten, am letzten Sonntag die englischen Häfen zu verlassen mit der Bestimmung, die Reise über die Nordsee gemeinsam anzutreten. Da fast gleichzeitig mit der Abreise der Dampfer die deutsche Seepolizei in Kraft trat, so wurde dem Verlauf der Reise hier mit besonderer Spannung entgegengesehen. Beide Dampfer berichteten nun, daß sie abends zwischen 11 und 12 Uhr in der Nordsee von einem deutschen Unterseeboot durch zwei scharfe Warnungsschüsse angehalten worden seien. Sie hätten aber, nachdem der Unterseebootkommando die Schiffspläne geprüft und eine befriedigende Auskunft über die an Bord befindlichen Reisenden erhalten hätte, die sämtlich zu heimkehrenden Besatzungen von versenkten dänischen Dampfern gehörten, beide die Erlaubnis zur Weiterreise erhalten.

Die spanischen Funkstationen unter Staatsaufsicht.

Madrid, 9. Februar. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Die Stationen für drahtlose Telegraphie in Spanien sind unter Regierungsaufsicht gestellt worden.

Reigungen ohne Finanzen.

London, 8. Februar. Die „Daily Mail“ meldet aus Rio de Janeiro: Die Reigungen der Bevölkerung gehören zweifellos der Entente. Die Finanzlage Brasiliens ist jedoch zu kritisch, um außerordentliche Abgaben zu bewilligen, da vor allem die Valuta des Geldes bereits um 55 Proz. gesunken ist und Brasilien keine Goldreserven zur Verfügung hat.

Seeleute zu Tausenden arbeitslos.

„Berlingske Tidende“ meldet am Mittwoch aus Stockholm, die Arbeitslosigkeit unter den Seeleuten mache sich überall fühlbar. In Göteborg seien jetzt ungefähr zweitausend Seeleute arbeitslos. Im Hafen lägen jetzt über 300 größere und kleinere Schiffe still, von denen nur 20 Ladung einnahmen.

Aus Norwegen kommt eine gleiche Nachricht. Nach den „Tidens Tegn“ zufolge zeigt sich Arbeitslosigkeit namentlich unter den norwegischen Seeleuten immer mehr. So seien am Mittwoch allein in Kristiania über 400 Beschäftigungslos gewesen; außerdem würde noch weiter abgemustert.

An der Ancre.

Die englischen Angriffe im Sommergebiet verfolgen das Ziel, die englischen Stellungen, wo sie nach dem erfolglosen Zusammenbruch der großen Offensive im vorigen Sommer besonders ungünstig liegen, an einzelnen Abschnitten der Sommerfront zu verbessern. Besonders die Anstrengungen der Engländer im vereisten Ancrebachtales dienen diesem Zwecke. Die Einnahme des zerichoffenen Dertahens Grandcourt, dessen freiwillige Räumung den Engländern drei Tage verborgen geblieben war, bezeichnet der englische Funkpruch Carnarhon als einen neuen Markstein des Generals Haig auf dem Wege nach Bapaume, woraus zur Genüge hervorgeht, daß die Engländer nach den Misserfolgen des vorigen Jahres ihre Ansprüche äußerst gemäßig haben. Der Funkpruch Lyon



Zu den letzten Kämpfen zwischen Ancre und Somme

erklärt, daß durch die Einnahme von Grandcourt sich die Zahl der zurückeroberten Dörfer auf 53 erhöhe, eine Feststellung, in der sich weniger Triumph als Hoffnungslosigkeit ausspricht. Die deutschen Truppen bestehen den dritten Kriegswinter in der gleichen unerschütterlichen moralischen Haltung wie die beiden verflohenen. Sie leiden wenig unter der Kälte, da sie gut ausgerüstet, gut verpflegt sind und die Unterstände auf der gesamten Front durch Holzkohlenöfen erwärmt werden. In unerschütterlichen und erfolgreich durchgeführten Unternehmungen von Stundstücken und Patrouillen drückt sich jener ungebrochene Kampfesgeist aus, mit dem sie den Ereignissen des Frühjahrs entgegensehen.

Holland und England.

Sofortige Freilassung zahlreicher Schiffe gefordert.

Daag, 9. Februar. Die niederländische Regierung hat von der englischen die sofortige Freilassung einer größeren Zahl von Schiffen der Paketvaart Maatschappij verlangt, die in den Häfen von Singapur und Penang festgehalten werden. Es ist erst verspätet Nachricht von der Anhaltung der Schiffe eingelangt, da die englische Zensur die darauf bezüglichen Telegramme des Generalgouverneurs an den Kolonialminister offenbar zurückgehalten hat.

Die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika.

Budapest, 9. Februar. (Z. U.) Der Wiener Mitarbeiter des „Luzit“ erzählt an kompetenter Stelle, daß Verhandlungen zwischen dem Grafen Czernin und dem Vorkämpfer der Vereinigten Staaten Venfield im Gange sind über die Frage, wie amerikanische Bürger im Mittelmeer ohne Lebensgefahr reisen können. In Berlin soll man sich bereit erklärt haben, in dieser Frage ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, vorausgesetzt natürlich, daß damit nicht die Prinzipien des verschärften U-Boot-Krieges berührt werden.

Kein allgemeines Wahlrecht in Ungarn.

Das Parlament lehnt den Antrag ab.

Budapest, 9. Februar. Abgeordnetenhause. Ein Antrag des Oppositionellen Stefan Rakobsky auf Verleihung des allgemeinen Wahlrechts wurde nach längerer Debatte mit 122 gegen 75 Stimmen abgelehnt. Ministerpräsident Graf Tisza bekämpfte den Antrag und sagte, man darf nicht in dem irri- gen Glauben verfallen, daß das Interesse der Nation unter allen Umständen das aller- demokratischste Wahlrecht fordert. Wenn es eine Frage gibt, die in Kriegzeiten und in der jetztigen erregten Atmosphäre nicht gelöst werden kann, so ist es die Wahlrechtsfrage. Ein übereilter Schritt könnte großen Schaden anrichten. (Zustimmung rechts.)

Es handelte sich bei dem Antrage um die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle im Militär- verhältnis stehenden Männer über 20 Jahre.

Politische Uebersicht.

Der Geldsack bleibt das einzig Richtige!

Die „Kreuzzeitung“ fährt fort, ihr geliebtes Dreiklassenwahlrecht gegen seine Gegner — diesmal den „Vorwärts“ und die „Vossische Zeitung“ — zu verteidigen. In der letzteren hatte Richard May darauf hingewiesen, daß die Feldgrauen in den letzten Jahren kein Einkommen gehabt und in die dritte Wählerklasse gedrängt worden seien, während die Bucherer sich inzwischen zu Wählern erster und zweiter Klasse entwickelt hätten. Der Bauer, der sich an die bestehenden Bestimmungen halte, sei in seinem politischen Recht gegenüber dem Nachbarn benachteiligt, der auf Schleichwegen mehr Geld verdiene.

Die „Kreuzzeitung“ fertigt den Liberalen damit ab, daß doch das städtische Wahlrecht, für dessen Beseitigung die Fortschrittler gar keinen Eifer an den Tag legten, auf derselben materialistischen Grundlage beruhe wie das staatliche, und dann wendet sie sich folgendermaßen gegen den „Vorwärts“:

Er verlangt von uns, schämt sich darüber zu werden, daß wir die Leistung für den Staat nach dem Geldsack abschätzen. Es sei ein Schlag ins Gesicht der Feldgrauen draußen, daß man ihre Leistungen geringer einschätze. Das ist denn doch eine plumpe Demagogie. Glücklicherweise ist der Krieg nur ein Ausnahmezustand im Leben des Staates, das Steuergebühren aber leider ein Dauerzustand. Schon deshalb eignet sich der Maßstab der Kriegesleistungen nicht zur Grundlage des staatlichen Wahlrechts. Es ist kein unmoralisches, sondern ein sehr vernünftiges Prinzip, daß diejenigen, die durch ihre höheren Steuerleistungen an der gefundenen Entwicklung des Staatslebens stärker beteiligt sind, auch einen größeren Einfluß auf diese Entwicklung ausüben sollen.

Damit wird von einem Blatt, das sonst von Gelderwerb und Geldenehre überschwängliche Worte macht — vielleicht

könnte man auch hier von „plumper Demagogie“ reden, — den Kämpfern für das Vaterland ins Gesicht gesagt, daß ihre Leistungen nichts gelten und daß der Geldsack alles gilt! Dieses brutale Bekenntnis wirkt geradezu als ein Schlag gegen die Verteidigungsinteressen des Reiches und wird als solcher von der Geschichte festgehalten werden!

Nochmals Dschah-Grimma.

In Dschah-Grimma hatte bekanntlich die sozialdemokratische Organisation, den Anschlägen der „Arbeitsgemeinschaft“ folgend, den Versuch gemacht, das bisher konservativ vertretene Mandat bei der Reichstagsersatzwahl zu holen und hatte dabei einen Misserfolg geerntet. Der Kandidat der sozialdemokratischen Organisation Lipinski unterlag mit 6288 Stimmen (1912: 12 840) gegen den reaktionär-alldemokratischen Kandidaten Bildgrube, der 7974 Stimmen (1912: 13 825) erhielt. Lipinski veröffentlicht nun einen umfangreichen Artikel, in dem er nachzuweisen sucht, daß die Statistik der Kandidatenaufstellung trotzdem richtig gewesen sei. Er schreibt u. a.:

Es ist leicht erkennbar, daß für die Sozialdemokratie das Verhältnis gegen 1912 fast das gleiche blieb, während das Recht der Konservativen wie 1912 aus den Landgemeinden gebolt worden ist. Auf dem Lande sind es die Alten gewesen, die den Ausschlag im Wahlkampf gaben. Auf den Wählern haben wir von vornherein nicht gerechnet, der sozialistischen Ausflücht hat der Wahlkampf sehr gedient.

Wäre die Behauptung Lipinski, auf den Sieg habe man gar nicht gerechnet, richtig, dann wäre die Aufstellung ein doppelt schwerer Fehler gewesen. Denn erst durch sie hat die Wahl des Nationalisten Bildgrube wirkliche politische Bedeutung gewonnen, ist sie zum wirklichen Wahlsieger geworden. Man hätte dann mit dieser Aufstellung geradezu das Spiel der Alldemokratischen gespielt.

Aber Lipinski's Behauptung ist eben nicht richtig. Von der „Stimmung der Massen“, von der so viel geredet wurde, erwartete man einen glänzenden Sieg. Die Differenz von 455 Stimmen hoffte man mühelos einholen zu können, aber sie vergrößerte sich auf 1686 Stimmen zugunsten des Gegners! Man hatte die Stimmung der Massen, die einer klaren sozialdemokratischen Politik im Wirklichen sehr günstig, den Theorien der Arbeitsgemeinschaft aber sehr ungünstig ist, falsch eingeschätzt. Wäre Lipinski nicht damals noch als offizieller Kandidat der die nationale Verteidigung besitzenden Sozialdemokratie aufgetreten, so hätte er noch viel schlechter abge schnitten!

Eine Reichszentrale zur Verteilung von Schuhen.

Mit Rücksicht auf die Knappheit an Leder und zur Ersparnis von Kohlen und allgemeinen Betriebskosten soll, so meldet die „Vossische Zeitung“, statt des bisherigen freien Verkehrs im Schuhwarenhandel eine Reichszentrale für Verteilung von Schuhwaren an die Kleinhandlöhler gegründet werden. Die Verbände deutscher Schuhwarenhändler in Berlin und Erfurt werden gemeinsam mit Vertretern des Kleinhandels am nächsten Donnerstag über die Zusammenlegung von Schuhfabriken auf genossenschaftlicher Grundlage beraten. Die Vorschläge werden am nächsten Tage dem Reichsamt des Innern zur Genehmigung vorgelegt werden. Insgesamt betreffen ungefähr 1500 Betriebe für Schuhfabrikation.

Lieber zu viel als zu wenig.

In der Volksversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern legte der Präsident den Landwirten nahe, daß sie sich darüber klar sein müßten, daß Deutschland den Krieg nicht gewinnen könne, wenn die Lebensmittel in den Städten sich zur Ungeheuerlichkeit steigern. Die Landwirtschaft müsse aber auch verlangen, daß in den Städten sich die Lederzeugung verbreite, daß der Krieg ebenso wenig gewonnen werden könne, wenn die Eingriffe in die Produktion sich ins Unerträgliche steigern. Der Fehler zu reichlicher Preisbemessung sei kleiner als der Fehler zu niedriger Preise.

Noch mehr Gelbe?

Der Hauptmann a. D. Erich von Salzman macht in der „Vossischen Zeitung“ den ernsthaft gemeinten und ausführlich begründeten Vorschlag, nach dem Kriege als Ersatz für die fehlenden Arbeitskräfte chinesische Kulis in Deutschland einzuführen. Unseres Wissens ist dieser Vorschlag schon vor dem Kriege einmal auf einer Tagung der westpreussischen Landwirtschaftskammer erhoben worden und hat damals allseitige Zurückweisung erfahren.

Wenn von Salzman ausführt, daß Europa am Kriegsende um vielleicht 15 Millionen arbeitsfähigen Männer ärmer sein wird, daß Amerika keine Arbeitskräfte abgeben kann und Afrika nicht in Betracht kommt, so ist das an sich richtig. Aber auch ein sehr großer Mangel an Arbeitskräften könnte die Bedenken gegen den Aus-Import nicht beseitigen. Von Salzman beschäftigt sich nur mit dem einen Bedenken, nämlich der Frage der auch von ihm für unerwünscht gehaltenen Rassenmischung, die er durch eine „in menschlicher Form ruhig durchgeführte Absonderung“ verhindern will. Eine solche Absonderung wird aber entweder nicht menschlich oder praktisch nicht wirksam sein.

Auf das für die Arbeiterklasse schwerwiegende Moment geht aber von Salzman überhaupt nicht ein: den zu erwartenden Lohn- druck. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Massenimport auf viel tieferer Kulturstufe stehender Elemente, die obendrein in Deutschland in der größten Rechtslosigkeit leben würden, der einheimischen Arbeiterklasse den schwersten Schaden bringen muß. Alles was von Salzman zum Lobe des Kulis anführt, seine ungeheure Anpruchslosigkeit, seine Fügsamkeit gegenüber dem Arbeitgeber, macht die Frage seines Imports für den deutschen Arbeiter nur doppelt undskutabel. Die deutsche Arbeiterklasse hat niemals etwas gegen ausländische Arbeiter eingewandt gehabt, die aus freiem Antriebe nach Deutschland kamen, um Arbeit zu suchen, zumal wenn sie aus ähnlichen Kulturverhältnissen stammten und in gleicher Weise wie die deutschen Arbeiter bereits den Organisationsgedanken erfaßt hatten. Aber der Massenimport ungebildeter Kulis, die wie Herden nach Deutschland verschifft werden sollen, ist davon himmelweit verschieden; in ihnen kann der deutsche Arbeiter von vornherein nichts anderes sehen als Streikbrecher und Lohn- drücker.

Und in dieser Beziehung braucht er wahrscheinlich nicht erst die chine- sischen Gelben auf dem Halbe zu haben.

„Stolz weht die Flagge schwarz, weiß rot.“ Die Korrespondenz des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens teilt mit, daß die jüdische Gemeinde in Berlin beschlossen hat, das Grab des Dichters dieses Liedes, Robert Volz, auf dem jüdischen Friedhof in Weihenau in Gemeindepflege zu nehmen. — Für die zahlreichen Antisemiten, die dieses nunmehr als „un- deutsch“ enthaltene Lied mit Begeisterung zu singen pflegten, eine peinliche Entdeckung!

Letzte Nachrichten.

Lars Kruse nicht torpediert.

Berlin, 9. Februar. Wolffs Bureau meldet: Zeitungsnachrichten zufolge ist der dänische Dampfer Lars Kruse mit einer Getreideladung von Argentinien für das belgische Ostflomitee am 1. Februar westlich vom Kanal infolge einer Explosion gesunken; sechs Mann der Besatzung sollen ertrunken, nur der erste Maschinist gerettet sein. In Danemark wird der Unfall auf ein deutsches Unterseeboot zurückgeführt. Dem gegenüber ist folgendes festzustellen: Nach den den deutschen Unterseebooten erteilten Befehlen, ist es ausgeschlossen, daß ein dänischer Dampfer oder ein Schiff mit den Abzeichen der belgischen Ostflommission bisher westlich der Linie Dover-Kalais ohne Warnung torpediert worden ist. Es ist daher mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß Lars Kruse auf eine Mine gelaufen ist.

California.

London, 9. Februar. „Daily News“ meldet, daß der torpedierte Dampfer California der Anchor-Linie gehörte und von New York nach Glasgow unterwegs war. Das Schiff wurde am Mittwoch früh in der Nähe der englischen Küste torpediert. Die geretteten Personen erzählen, daß der Dampfer durch zwei Torpedos von zwei verschiedenen U-Booten getroffen wurde.

Ein U-Boot mit Begleitschiff.

Amsterdam, 9. Februar. „Handelsblad“ meldet aus London, daß 55 Mann von den Besatzungen der englischen Schiffe Gallinide und Turino und des norwegischen Dampfers Sengel durch das englische Schiff Penmount gelandet worden sind. Die drei Kapitäne erklären, daß, nachdem die Schiffe torpediert waren, die Besatzungen auf ein italienisches Schiff gebracht wurden, das das deutsche U-Boot begleitete und als Gefangenenschiff diente. Das italienische Schiff war aus einem englischen Hafen ausgefahren und erbeutet worden. Der Name des italienischen Schiffes war übermalt und nicht zu erkennen. Als die Penmount in Sicht kam, wurden die Gefangenen an deren Bord gebracht und der Kapitän erhielt den Auftrag, sie an Land zu bringen.

Bewaffnung amerikanischer Handelschiffe.

New York, 8. Februar. „Central News“ meldet: Staatssekretär Lansing hat den amerikanischen Reedern mitgeteilt, daß Handelschiffe Geschieße an Bord haben dürfen, um sich gegen U-Boote zu verteidigen.

Amerikanische Dampfer schieben die Abfahrt auf.

New York, 9. Februar. (Reutermeldung.) Die Amerika- linie hat die Abreise ihrer Dampfer St. Louis und St. Paul für unbestimmte Zeit aufgeschoben, da die Regierung ablehnte, der Gesellschaft einen Rat zu geben, ob ihre Schiffe eine Fahrt unternehmen könnten oder nicht, die sie in das deutsche Kriegsgebiet brächte.

Feuer an Bord der Prinzessin Alice.

Cebu (Philippinen), 9. Februar. (Reutermeldung.) Nach einem Gerüchte soll an Bord der Prinzessin Alice vom Norddeutschen Lloyd Feuer entbrannt worden sein, nachdem die Besatzung das Schiff verlassen hatte. Das Feuer wurde gelöscht, ohne daß viel Schaden anrichtet worden wäre.

Keine schwedischen Schiffsversicherungen nach den Entente-Ländern.

Stockholm, 9. Februar. (Telefon.) Die Versicherungsge- sellschaften versichern jetzt nur noch Schiffe nach Uebersee, dagegen nicht solche, die nach den Entente-Ländern gehen. Die Versicherung selbst tritt erst in Kraft, nachdem das Schiff das Sperrgebiet passiert hat. — Die Frachten nach England sind bis 200 Proz. gestiegen.

Auch Uruguay protestiert.

London, 9. Februar. (Z. U.) Reuter meldet aus Montevideo: Die Regierung von Uruguay hat von der deutschen Erklärung über die Verschärfung des U-Boot-Krieges Kenntnis genommen. Die Regierung beantwortet diese Erklärung mit einem kräftigen Protest.

Verfenkt.

Amuiben, 9. Februar. Der Segellogger Holland meldet, daß am 8. Februar um 11 Uhr vormittags etwa 35 Meilen nordwestlich von Amuiben ein niederländischer Fischdampfer von einem deutschen U-Boot mit Bomben verfenkt worden sei. Die Besatzung sei vom U-Boot einem anderen Segellogger übergeben worden.

Kohlennot und Verkehrslemme.

Bern, 9. Februar. Minister Perrot erklärt im Senat nach heftigen Angriffen, er habe erwirkt, daß vier Jahresschiffe unter gewissen Bedingungen von der Front zurückgenommen werden sollten, um in den Bergwerken zu arbeiten, wo außerdem eine Anzahl Kriegsgefangener beschäftigt sei. England habe versprochen, zur Behebung der Transportschwierigkeiten 20000 Wagen zu senden. Er hoffe, in einiger Zeit Besserung schaffen zu können, doch müsse man dem Lande offen und ehrlich sagen, daß ernste Zeiten kommen würden. Frankreich werde zwar triumphieren, müsse aber Entbehrungen und Einschränkungen auf sich nehmen.

Neue englische Kriegskredit.

London, 9. Februar. Die „Times“ melden, daß Bonar Law als Kanzler des Schatzamts am nächsten Montag im Unterhause eine Abstimmung über die Gewährung eines Kredits von 550 Millionen Pfund Sterling beantragen wird. 200 Millionen Pfund Sterling sind nötig, um den Krieg bis zum 30. März fortzuführen. Mit dieser neuen Kreditforderung werden die gesamten Kriegsausgaben Englands auf 4082 Millionen Pfund Sterling gebracht.

Die Räumung von Grandcourt.

Englischer Bericht vom 7. Februar. General Haig meldet: Infolge unseres andauernden Druckes auf beiden Ufern der Luce wurde der Feind gezwungen, Grandcourt zu räumen, das sich nun ganz in unserem Besitz befindet, zusammen mit den daran an- schließenden Verteidigungsanlagen. Bei den Operationen der letzten Tage erlitt der Feind schwere Verluste in dieser Gegend.

Eine Versammlung für den Frieden in Bern.

Bern, 9. Februar. („Zst. Bz.“) Auf Anregung des nieder- ländischen Anti-Kriegs-Komitees werden sich am 12. März Delegierte der neutralen Kriegsorganisation zu einer Konferenz in Bern versammeln.

Gewerkschaftliches.

Von der Neutralität ausländischer Gewerkschaften.

Die deutschen Gewerkschaften werden wegen ihrer Stellung und ihrer Maßnahmen während der Kriegszeit vielfach von den Bruderverbänden auch des neutralen Auslandes nicht nur mißverstanden, sondern in oft recht unfollegaler Weise angegriffen.

So schreibt jetzt das „Schweizerische Metallarbeiterblatt“ zu der Rundgebung der deutschen Gewerkschaften, die diese nach der Ablehnung des deutschen Friedensangebots an den Reichskanzler gerichtet hatten:

„Uns scheint das Schreiben der deutschen Generalkommission wenig dazu beizutragen, die internationalen gewerkschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen. Allem Anschein nach sind die deutschen Gewerkschaften von dem Friedensangebot der deutschen Regierung sehr irritiert. (Aberding!) Doch dieses Friedensangebot absolut verweigert, unter welchen Bedingungen der Friede geschlossen werden soll, und dies alles ist doch maßgebend, ferner für die Generalkommission nicht in Betracht zu fallen. Es wird erlaubt sein, unseren deutschen Genossen doch so viel zu sagen, daß Friedensangebote auf die Neutralen keinen Eindruck machen können, solange man nicht weiß, wie der Friede verhandelt ist. Von diesem Standpunkt aus macht das Schreiben der Generalkommission auf einen merkwürdigen Eindruck.“

Das Organ des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes aber weiß über diesen „merkwürdigen Eindruck“ hinaus noch mehr zu sagen. Es meldet seinen Lesern in einem „In den Armen liegen sich beide“ überschriebenen Artikel, daß „die deutschen Gewerkschaften von ihrem Hauptling Regien an der Spitze“ sich dem Reichskanzler verbunden haben. Nach Wiedergabe des Telegramms des Reichskanzlers fährt es fort:

„Donnerwetter, werden die Legion und Konjorten jetzt einen Stolz haben, daß sie schon nach zwei Tagen eine so verdächtige Vorherrschaft von der höchsten Regierungsinstante haben, daß „im zünftigen Deutschland alle Söhne ihr Glück finden sollen“. Und mit diesem patriotischen neuen „Durcheinander-Sermon“ gelangen die deutschen Gewerkschaften just in dem Moment an die Regierung, in dem die französischen Gewerkschaften beschließen:

„Wir verlangen von der französischen Regierung, die Note im günstigen Sinne zu beantworten und gleichzeitig die Initiative zu ergreifen, bei ihren Verbündeten im gleichen Sinne zu wirken, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen.“

„Solange die deutsche Regierung ihre Kriegsziele nicht bekannt gibt, bleibt die Phrase von dem Verteidigungskrieg nach wie vor ein Schwindel, denn man weiß ja bis zur Stunde noch nicht, was die Zentralmächte für einen Kaubzug beschließen.“

Das Blatt zieht dann gegen die Maßnahmen zu Felde, die der Schweizer Bundesrat zur Sicherung der Neutralität getroffen hat und droht für den 1. Mai 1917 mit dem Hungereinstreik der Schweizer Arbeiter. „Streik soll 24 Stunden dauern! Kein Auto und kein L... fengaul soll am 1. Mai fahren usw.“

Ueber die Bedeutung des deutschen Friedensangebots hat sich der „Vorwärts“ mehr als einmal genügend ausgesprochen. Aber wir möchten die Frage aufwerfen, ob es Aufgabe der Gewerkschaftspresse des neutralen Auslandes ist, den Zensur über die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu spielen und ob sie glaubt mit solcher einstimmigen Berichterstattung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu dienen. Seit Anbeginn des Krieges haben außer der sozialdemokratischen Partei die deutschen Gewerkschaften und hat nicht zuletzt der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes Regien für eine Verständigung der in die Brüche gegangenen politischen und gewerkschaftlichen Internationalen und für den Frieden gewirkt, von dem die zwei Artikelfreiber der Schweizer Blätter — zu ihrer Ehre sei es angenommen — wohl keine Ahnung haben. Wenn alle diese Bemühungen bisher keinen besseren Erfolg hatten, so war das wohl nicht die Schuld der deutschen Arbeiterführer. Wenn nun aber der große Vorschlag der „Schweizerischen Holzarbeiterzeitung“, am 1. Mai durch Hungerstreik zu zeigen, daß das Schweizer Volk nicht länger hungern will, einen größeren Erfolg hat, dann ziehen wir in Bescheidenheit und Hochachtung den Hut. Bis dahin aber warten wir gespannt auf den 1. Mai.

Berlin und Umgegend.

Wo sind Beschwerden wegen Ausstellung eines Abwehrscheines nach § 9 des Hilfslieferungsgesetzes anzubringen?

Um den vielen Anfragen, die ständig kommen, zu genügen, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins die Erledigung aller Differenzen, die in der gesamten Berliner Industrie — mit Ausnahme der Bekleidungsindustrie — aus Anlaß der Verweigerung des Abwehrscheines entstehen, vom Kriegsamt übertragen sind.

Zum Zweck der Entgegennahme von Beschwerden wegen Verweigerung des Abwehrscheines hat der Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins zwei Beschwerdestellen eingerichtet, und zwar erstens

im Bureau des Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 83/85, geöffnet vormittags von 9-1 und nachmittags 4-7 Uhr, zweitens im Bureau des Verbandes Berliner Metallindustrieller, Wasserbaustr. 15/16,

geöffnet von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr.

Bei diesen Beschwerdestellen werden auch Auskünfte jedweder Art, die sich auf das Gesetz beziehen, erteilt.

Die Tätigkeit des Kriegsausschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlins erstreckt sich auf Berlin, Pankow, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Wilmersdorf, Spandau, Ebereswalde, sowie die Landkreise Oberharnim, Niederharnim, Zehlendorf und Dönhofsland.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lackierer.

Der in einer Mitgliederversammlung der Lackierer erstattete Jahresbericht der Sektionsleitung konstatiert, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt der Lackierer im Jahre 1916 weniger günstig war als im Vorjahr. Im Jahre 1915 hatten sich die Löhne wesentlich gehoben, weil die Nachfrage nach Lackierern das Angebot überstieg. Das kann in Bezug auf das Jahr 1916 nicht gesagt werden. Die Arbeitsgelegenheit — hat sich 1916 nicht vermindert, sondern sie ist im allgemeinen kaum auf dem Stande vom Vorjahr geblieben. Zwar hat sich auch im Jahre 1916 die Zahl der zur Verfügung stehenden Lackierer durch Einziehungen zum Wehrdienst vermindert, aber an Stelle der eingezogenen wurden neue Arbeitskräfte nicht eingestellt. Die alten blieben jedoch meistens in Arbeit. Auch gegenwärtig ist keine besondere Nachfrage nach Lackierern. In den Betrieben, die nicht für den Wehrbedarf beschäftigt sind, ist die Arbeitsgelegenheit sehr gering. Der Arbeitsnachweis wurde nicht besonders lebhaft in Anspruch genommen. Im ganzen Jahre wurden von 894 eingezogenen 838 vermittelt. Doch gibt das kein richtiges Bild von der Lage des Arbeitsmarktes, da sich ein erheblicher Teil der Arbeitslosen ohne Mitwirkung des Arbeitsnachweises Beschäftigung verschaffte.

Die fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreise veranlaßten die Lackierer, auch im abgelaufenen Jahre für Lohnaufbesserungen einzutreten. Wenn auch die Forderungen nicht in vollem Umfang bewilligt wurden, so gelang es doch, in der Flugzeugindustrie sowie in einigen anderen für Militärbedarf in Frage kommenden Großbetrieben Lohnerhöhungen beziehungsweise Teuerungszulagen zu erhalten, wodurch die Stundenlöhne in diesen Betrieben auf 1 15 M. bis 1 50 M. gebracht wurden. In den Röhrenmöbelfabriken wurde gemeinsam mit den Holzarbeitern eine Zulage von 25 Proz. durchgesetzt. Außerdem haben noch in verschiedenen Betrieben Lohn-erhöhungen stattgefunden, oft haben aber die Kollegen nur durch besondere Anstrengungen bei der Akkordarbeit ihren Verdienst erhöht. Das ist ein Verfahren, das im allgemeinen Interesse nicht gebilligt werden kann, denn der auf solche Weise erarbeitete Mehrverdienst geht wieder zurück, sobald normale Verhältnisse eintreten. — Die angeführten, durch Lohnbewegungen erreichten Stundenlöhne sind die Höchstgrenzen, die überhaupt erlangt werden konnten. Nicht selten werden noch Stundenlöhne unter 1 M. bis herab zu 85 Pf. gezahlt. Wer als Arbeitstüchtiger auf einem Stundenlohn von 1 M. oder etwas mehr besteht, kann gegenwärtig wochenlang arbeitslos bleiben. Daraus erklärt es sich, daß verhältnismäßig oft zu den angegebenen niedrigen Löhnen gearbeitet wird, die in sehr schlechtem Verhältnis zu den Preisen der Lebensmittel stehen.

Hinsichtlich der Mitgliederbewegung wurde festgestellt, daß die Sektion der Lackierer zu Anfang des Jahres 854, am Ende desselben 802 (darunter 80 weibliche) Mitglieder hatte. Man kann sagen, daß der durch die Wehrpflicht verursachte Mitgliederabgang aufgehört hat und nunmehr eine Stabilität des Mitgliederstandes eingetreten ist.

Soziales.

Die Wahl der Ausschüsse zum Hilfslieferungsgesetz in Preußen.

Gemäß § 11 des Hilfslieferungsgesetzes, der die näheren Bestimmungen über die Wahl der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse den Landeszentralbehörden überläßt, hat der preussische Handelsminister durch Erlaß vom 22. Januar, dem eine Wahlordnung beigegeben ist, das Nähere verfügt. Erlaß und Wahlordnung bestimmen im wesentlichen folgendes:

Die Ausschüsse sind vom Betriebsunternehmer entweder für den gesamten Betrieb oder für die einzelnen Betriebsabteilungen zu errichten. Jedenfalls müssen alle Arbeiter und Angestellten des Betriebes durch einen Ausschuß vertreten sein. Bei einer Anzahl bis zu 200 Arbeitern oder 200 Angestellten müssen die Ausschüsse aus mindestens 5 Mitgliedern bestehen. Für je 50 weitere Arbeiter oder Angestellte erhöht sich die Zahl der Mitglieder der Ausschüsse um mindestens eins. Bei mehr als 500 Arbeitern und Angestellten müssen die Ausschüsse mindestens 10 Mitglieder stark sein. Außerdem sind Erfahrmänner in der doppelten Zahl der Mitglieder zu wählen.

Scheiden Ausschußmitglieder aus der Beschäftigung im Betriebe oder, falls nach Abteilungen gewählt ist, aus der Abteilung aus, so vertreten sie dadurch auch die Mitgliedschaft im Ausschuß.

Von den gewählten Erfahrmännern tritt derjenige ein, der der gleichen Vorschlagsliste wie der ausgeschiedene angehört und auf dieser Liste unter den Erfahrmännern an höchster Stelle steht. Sind auf einer Vorschlagsliste keine Erfahrmänner mehr vorhanden, so tritt der Erfahrmann aus derjenigen anderen Liste ein, welche die größte Höchstzahl für einen noch nicht eingetretenen Erfahrmann hat.

Der Betriebsunternehmer oder der von ihm bestellte Vertreter beruft den Ausschuß und leitet die Verhandlungen. Er kann sich an den Beratungen beteiligen, hat aber kein Stimmrecht. Beschlüsse des Ausschusses sind nur gültig, wenn alle Mitglieder und nötigenfalls die erforderlichen Stellvertreter unter Mitteilung der Beratungsgegenstände geladen sind und mindestens die Hälfte derselben anwesend ist. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.

Wahlberechtigt sind die Arbeiter oder versicherungspflichtigen Angestellten des Betriebs oder der betreffenden Betriebsabteilung ohne Unterschied des Geschlechts, soweit sie volljährig sind und die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen. Jeder Wähler hat eine Stimme. Wählbar sind alle Wahlberechtigten. Für die Arbeiter und die Angestellten sind besondere Ausschüsse in besonderer Wahl zu wählen. Der Betriebsunternehmer hat zu bestimmen, ob er die Wahl selbst leiten will, oder ob er damit seinen Bevollmächtigten oder einen Wahlvorstand beauftragt, der aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern besteht. Vorsitzender des Wahlvorstands ist der Betriebsunternehmer oder sein Bevollmächtigter, er beruft für jede Wahl die beiden Beisitzer aus den ältesten Wahlberechtigten.

Für jede Wahl ist eine Wählerliste aufzustellen, wozu andere vorhandene Listen (Krankenkassenlisten, Lohnlisten) benutzt werden können. Bei der Ausschreibung der Wahl ist anzugeben, wo die Wählerliste ausliegt und daß Einsprüche gegen die Liste binnen drei Tagen beim Wahlleiter anzubringen sind. Ueber diese Einsprüche ist vom Wahlleiter zu entscheiden. Dessen Entscheidung kann nur mit der Anfechtung der Wahl im ganzen angefochten werden.

Der Wahlleiter hat spätestens 30 Tage vor dem letzten Tage der Stimmabgabe die Wahl auszuschreiben. Eine Abschrift oder ein Abdruck des Wahlschreibens ist von einer oder mehreren geeigneten, allen Wahlberechtigten zugänglichen Stellen, die der Wahlleiter bestimmt, bis zum letzten Tage der Stimmabgabe oder bis zu dem Tage, an dem bekannt gemacht wird, daß eine Stimmabgabe nicht stattfindet, auszuhängen und in lesbarem Zustande zu erhalten. Es muß neben dem Hinweise auf die Wählerliste die Zahl der zu wählenden Ausschußmitglieder und Erfahrmänner enthalten. Ferner ist darin darauf hinzuweisen, daß Vorschlagslisten einzureichen sind und daß nur solche Vorschlagslisten berücksichtigt werden können, die spätestens eine Woche nach dem ersten Tage des Ausgehens des Wahlschreibens bei dem Wahlleiter eingehen, und daß die Stimmabgabe an die zugelassenen Vorschlagslisten gebunden ist. Anzugeben ist auch, wo die Vorschlagslisten nach ihrer Zulassung zur Einsicht der Wähler ausliegen, wo die Wähler den Wahlumschlag empfangen, sowie wann und wo sie den Wahlumschlag mit ihrem Stimmzettel abgeben können. Endlich muß es auch nach der Mitteilung enthalten, wo die Wahlordnung zur Einsicht ausliegt.

Damit ist schon gesagt, daß die Wahlen nach Vorschlagslisten stattfinden. Jeder Wähler darf seine Stimme nur für eine der zugelassenen Vorschlagslisten abgeben. Der Stimmzettel muß die Ordnungsnummer der zugelassenen Liste enthalten. Es ist zwar auch zulässig, daß der Stimmzettel die Namen der in einer Vorschlagsliste Zugelassenen enthält, da aber Abweichungen in der Reihenfolge und dergleichen den Zettel ungültig machen, empfiehlt sich, daß nur Stimmzettel mit der Ordnungsnummer der Liste abgegeben werden. Auch solche Stimmzettel sind ungültig, deren Inhalt zweifelhaft ist, die einen Widerspruch oder Vorbehalt enthalten, oder die ein Merkmal haben, das die Echtheit einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht. Der Stimmzettel ist in einem Wahlumschlag abzugeben. Der Arbeitgeber hat die Wahlumschläge zu beschaffen, sie müssen die Aufschrift

oder den Vordruck enthalten: „Wahl zum Arbeiter (Angestellten-) Ausschuß für (Bezeichnung des Betriebs oder der Betriebsabteilung) im ... Vierteljahr 1917. Der Wähler hat den seinen Stimmzettel enthaltenen Wahlumschlag verschlossen oder offen an einem der für die Stimmabgabe festgesetzten Tage bei der von dem Wahlleiter bezeichneten Stelle unter Kennung seines Namens abzugeben. Die mit der Entgegennahme betraute Person hat den Wahlumschlag in Gegenwart des Wählers in einen dazu aufgestellten Kasten zu stecken. Dieser muß vom Wahlleiter verschlossen und so eingerichtet sein, daß die hineingegebenen Umschläge mit den Stimmzetteln nicht herausgenommen werden können, ohne daß der Kasten geöffnet wird. Das Wahlergebnis wird durch den Wahlleiter spätestens am dritten Tage nach dem Abschluß der Stimmabgabe festgestellt.“

Die Vorschlagsliste soll wenigstens sieben wählbare Bewerber nennen, wie Ausschußmitglieder und Erfahrmänner zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen, nach Familien- und Vornamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Die Vorschlagslisten müssen von mindestens drei Wahlberechtigten unterschrieben sein. Ist nicht einer der Unterzeichner ausdrücklich als Vertreter der Vorschlagsliste bezeichnet, so kann jeder Unterzeichner als Listenvertreter angesehen werden. Der Listenvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Wahlleiter die zur Beseitigung von Anständen erforderlichen Erklärungen abzugeben. Unterzeichnet ein Wähler mehr als eine Vorschlagsliste, so wird sein Name nur auf der zuerst eingereichten Vorschlagsliste gezählt und auf den übrigen Listen gestrichen. Sind mehrere Vorschlagslisten, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterschrift auf derjenigen Liste, welche der Unterzeichner binnen einer ihm gesetzten Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los. Weist eine Vorschlagsliste infolge der Streichung nicht mehr die vorgeschriebene Zahl von Unterschriften auf, so ist dem Listenvertreter die Beschaffung der fehlenden Unterschriften binnen einer ihm zu setzenden Frist anheimgegeben. Sind alle Unterschriften gestrichen, so ist die Liste ungültig. Eine Verbindung von Vorschlagslisten ist unzulässig. Die Vorschlagslisten sind auch ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden, oder wenn sie nicht die erforderliche Zahl von Unterschriften tragen. Ungültig sind ferner solche Listen, auf denen die Bewerber nicht in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sind, wenn der Rangel nicht rechtzeitig behoben wird. Zur Beseitigung der Mängel hat der Wahlleiter, der die eingereichten Vorschlagslisten nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsnummern zu versehen hat, dem Listenvertreter eine Frist zu setzen. Die Reihenfolge der Bewerber innerhalb der einzelnen Vorschlagslisten bestimmt sich nach der Reihenfolge ihrer Benennung. Ist eine Person, weil sie auf verschiedenen Listen als Bewerber genannt ist, mehrfach gewählt, so gilt sie als gewählt auf Grund der Liste, auf der ihr die größte Stimmenzahl zufällt.

Der Wahlleiter entnimmt die Stimmzettel nach Öffnung des Stimmzettels den Wahlumschlägen und zählt die Stimmen zusammen, die auf jede Vorschlagsliste entfallen sind. Die nicht ohne weiteres verständliche Ermittlung der Gewählten behandeln wir in einem besonderen Artikel. Soweit Mitglieder- und Erfahrmännerstellen durch die Wahl nicht besetzt sind, hat der Wahlleiter Mitglieder und Erfahrmänner zu berufen; er hat den Gewählten und Berufenen schriftlich entsprechende Mitteilung zu machen. Erklärt der Gewählte oder Berufene nicht binnen einer Woche, daß er die Wahl oder Berufung ablehnt, so gilt die Wahl oder Berufung als angenommen.

Auch denjenigen Wahlberechtigten, welche im Auftrag des Betriebsunternehmens auf Reisen sind, ist möglichst Gelegenheit zur Beteiligung an der Wahl zu geben. Sie müssen Kenntnis von dem Wahlschreiben erhalten, auch müssen sie ihre Stimmzettel in verschlossenen Umschlägen an einer bestimmten Stelle abgeben können. Diese Umschläge sind vor der Feststellung des Wahlergebnisses vom Wahlleiter in den verschlossenen Stimmzetteltaschen zu stecken.

In Streitfällen entscheidet über die Einrichtungs-, Wahl-, Zuständigkeits- oder Geschäftsführung der Ausschüsse der Gewerkeinspektor oder Bergrevierbeamte und auf Beschwerde endgültig der Regierungspräsident (im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident) oder das Oberbergamt.

Lebensmittelversorgung und Arbeiterausschüsse.

Um eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel herbeizuführen, hat sich in Magdeburg eine besondere Kommission gebildet, die aus zwölf Arbeitern, vier Unternehmern und einem Offizier vom Generalkommando, der den Vorsitz führt, besteht. Die Arbeiten dieser besonderen Organisation waten die Schwerearbeiten, die sich einer gerechten Verteilung der Aufgaben an Schwerarbeiter entgegenstellen. Deshalb waren die Arbeiterausschüsse der Nahrungsmittelindustrie zu einer Versammlung berufen worden, an der auch Vertreter der Stadt, des Generalkommandos und der Unternehmer sich beteiligten. In seinem Referat betonte der Stadtrat Paul, daß man die Arbeiter bei der Verteilung mit heranziehen und ihnen eine Art der Selbstverwaltung einräumen müsse.

So gewinnt man direkte Rührung mit der Arbeiterkraft und sei imstande, berechnete Beschwerden schnellst abzustellen. Ferner sollten in allen Betrieben Lebensmittelkommissionen gebildet werden, denen die Ueberwachung der Kriegslage und die Verteilung der Aufgaben an die Schwerarbeiter zu übertragen sei. Es sei wünschenswert, daß die Mitglieder des großen Ausschusses zugleich auch in den Lebensmittelkommissionen der Betriebe beteiligt seien. Dadurch werde eine ausreichende Information über die Vorgänge in den Betrieben erreicht. Man wolle eine von dem Vertrauen der Arbeiter getragene Institution schaffen, aus deren Arbeit man sich verlassen könne. Die Ernährungsfragen seien sehr ernst geworden. Man müsse, um über die kostföhllose Zeit hinwegzukommen, die Nahrungsmittel so sparsam als möglich verteilen. Es müge alles Sparen und Aeden nicht; wir seien auf uns selbst gefaßt und müßten nun durchzukommen finden, bis die neue Ernte die Not beenden werde. Er bitte die Arbeiterkraft, sachgemäß mitzuwirken, damit eine Hungersnot vermieden werde.

Die Arbeiterausschüsse der einzelnen Betriebe traten sodann zu Beratungen zusammen und machten im Anschluß daran ihre Vorschläge für die Mitglieder der großen Kommission. Die Kommission soll schon in den nächsten Tagen ihre Arbeiten beämen.

Wir sind überzeugt, diese Kommission wird sich bemühen. Wenn sie auch die Lebensmittel nicht aus der Erde stampfen kann, die Mängel, die sich bei der Verteilung zeigen, wird sie abstellen können. Das Vorgehen in Magdeburg bleibt hoffentlich keine Einzelerscheinung. Überorts müßte verhandelt werden, eine ähnliche Organisation zu bilden, die allerdings ihre Tätigkeit nicht allein auf die Schwerindustrie, sondern auf die gesamte Lebensmittelversorgung ausdehnen hätte.

Vertrauensfragen für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Einmal wärmer im nächsten Gebiet überlegend, doch, ohne erhebliche Niederschläge; im Sannlande noch trocken und ziemlich heiter.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Präger, Landrat; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Kreisrat; für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer & Co. Berlin SW.

Aus den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses.

Forst- und Domänenetat.

Die verstärkte Staatshaushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses beriet am Freitag vorerst den Etat der Forstverwaltung. Mehrere Abgeordnete bemängelten die auf Erzielung möglichst hoher Beträge gerichtete fiskalische Preispolitik beim Holzverkauf. In den Staatsforsten würden bei Selbstschlag oft noch höhere Preise gefordert wie in einzelnen Privatforsten. Der Landesforstmeister sagte zu, den Wünschen Rechnung zu tragen; auf die Holzauktionen, bei denen oft die Preise getrieben werden, wie auf die Vermittlung des Holzhandels könne die Forstverwaltung indes nicht verzichten. Auf einen ausreichenden Absatz von Holz in den Staatsforsten werde nach Möglichkeit hingewirkt.

Eine längere Debatte entspann sich sodann noch über eine Petition der städtischen Adressierten von Bonn-Minden, die sich gegen die aus sozialen und finanziellen Gründen in Erwägung gezogene Aushebung der dortigen Forstakademie richtet. Die geringe Zahl der Studierenden, etwa 5 auf eine Lehrkraft, sowie die Schwierigkeit, geeignete Lehrkräfte zu beschaffen, legten es dem Minister nahe, die Aushebung der Akademie ins Auge zu fassen. Die Kommission beschloß mit Mehrheit, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bei der Beratung des Etats der Domänenverwaltung wies der Minister darauf hin, daß es zurzeit oft schwer falle, für pachtfrei werdende Domänen neue Pächter zu finden, da sie sich begreiflicherweise scheuten, die von den alten Pächtern jetzt geforderten hohen Kriegspreise für das Inventar zu zahlen. Diese Domänen müßten vorläufig administrativ verwaltet werden, geeigneterfalls würden sie auch für die Anstellung bereitgestellt. Der Minister glaubt noch hervorheben zu müssen, daß die Domänenpächter auch in bezug auf den Zuckerrübenbau ihre vaterländischen Pflichten erfüllen, obgleich er mittlerweile mühte, daß nach den bisherigen Feststellungen die Rübenanbaufläche auf den Domänen von 15700 Hektar im Jahre 1916 wohl auf 14000 Hektar zurückgehen würde. Bei der Gelegenheit konnte er auch nicht umhin zu erklären, daß er eine stärkere Erhöhung des Zuckerrübenpreises gewünscht hätte.

Die nächste Sitzung der Kommission findet am Montagmittag statt: Justizetat.

Fideikommissgesetz.

Die Beratung ist bis zum § 115 vorgeschritten. Nach der Regierungsvorlage und einem konservativen Antrag soll der Fideikommissnachfolger den Erben des Vorgängers im allgemeinen nur von der Familie genehmigte Verbesserungen zu erstatten haben. Nach einem fortschrittlichen Antrag soll bei anderen Auswendungen, nach den Grundsätzen der auftraglosen Geschäftsführung, wenigstens die Verzinsung herausgegeben werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Linke bekämpfte dann die Vorlesung, daß der Anspruch auf Herausgabe des Fideikommisses oder einzelner Fideikommissgegenstände gegen einen Fideikommissanhaber niemals verjähre, da das bürgerliche Recht eine Unverjährbarkeit solcher Ansprüche selbst nicht kenne. Es blieb aber bei der Regierungsvorlage.

Bei der Vorberatung der Nationalliberalen Wiederherstellung der Feinzeit von dem Herrenhause aus der früheren Vorlage entzogenen Bestimmungen im Interesse der ohnehin schwer beeinträchtigten Familienmitglieder. Die Regierung stellte sich im Gegensatz zu ihrer früheren Vorlage auf den Standpunkt der Herrenhausbeschlüsse, welche angenommen wurden. Auch bei anderen Punkten beantragte die Linke vergeblich Wiederherstellung der alten Regierungsvorlage.

Arbeiterfragen vor dem Hilfsdienstausschuss.

In der Sitzung vom Freitag kam es zunächst noch einmal zu einer Aussprache über die Stilllegung in der Baumwollindustrie. Kommerzienrat Friedrichs vom Reichsausschuss der deutschen Industrie wandte sich gegen den Wunsch des Hilfsdienstausschusses, bei der Zusammenlegung oder Stilllegung von Betrieben unter Vorlage des Materials gehört zu werden. Der Ausschuss ließ seinen Zweifel darüber, daß er an seinem Wunsch unter allen Umständen festhalte. Generalleutnant Gröner erklärte, daß das Kriegsamt die unter anderen Voraussetzungen erzielte Zustimmung zu den Beschlüssen der Baumwollindustriellen zurückgezogen habe. Abg. Bauer (Soz.) fordert mit ganz besonderem Nachdruck, daß nicht nur die Interessenten der einzelnen Industrien, sondern auch die Vertreter der Arbeiter und Angehörigen gehört werden müssen. In der Schuhindustrie ist es ganz ähnlich gemacht worden wie in der Baumwollindustrie; auch hier haben eine Anzahl Unternehmer Beschlüsse gefaßt und die Arbeiter völlig ausgeschlossen.

Generalleutnant Gröner berichtet dann über die

bisherige Wirksamkeit des Hilfsdienstgesetzes.

Die Voraussetzungen haben sich etwas verschoben, denn die erhoffte Steigerung der Produktion litt unter den Verkehrsschwierigkeiten. Die Kriegsindustrie bedarf überdies der großen Arbeitermassen doch nicht, sie hat im Gegenteil genügend Arbeitskräfte, wozu auch noch die große Reserve an weiblichen Arbeitskräften kommt. Anders steht es mit der Landwirtschaft; sie hat eine gewisse Abneigung gegen Hilfsdienstpflichtige aus der Stadt. Der Landstich sei ein Niegel vorgezogen worden durch einen Aufruf, der dazu ermahnt, auf dem Lande zu bleiben. Insbesondere hat die Heeresverwaltung mit der Einstellung Hilfsdienstpflichtiger in ihre Betriebe gute Resultate erzielt. Mit dem Verpflanzen der Arbeiter soll sehr vorsichtig verfahren werden, denn auch die Regierung hat nicht den Wunsch, daß Familien auseinandergerissen werden. Von großem Vorteil wäre es, wenn man etwa die arbeitslosen Textilarbeiter in die Landwirtschaft überführen könnte, wenn auch nicht verfahren werden kann, daß dem bestimmte Schwierigkeiten im Wege stehen. Die Verbindung von Arbeit zu den Arbeitslosen steht auf erheblichen Schwierigkeiten. Mißgriffe bei der Anwendung des Gesetzes sollen nach Möglichkeit verhindert werden, ganz vermeiden kann man sie nicht.

Abg. Gröber (L.) fordert Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnreduzierung die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamierten sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorgekommen sind. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfache ist und bleibt, daß der Lächliche an die richtige Stelle kommt und seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet werde.

Abg. Bauer gibt zu, daß einzelne Unternehmer Arbeiter abspenstig machen. Die Gewerkschaften verurteilen das; aber man darf nicht das Kind mit dem Bad ausschütten. Die

Reklamierten haben den Hilfsdienstpflichtigen auf alle Fälle gleich. Erstmalig ist, daß Generalleutnant Gröner durch einen Erlaß das befreit hat. Nach diesem Erlaß sollen also die Reklamierten die Arbeit auf Werften und in Eisenbahnbetrieben nicht mehr verlassen dürfen. Gerichte in diesen Betrieben aber werden oft sehr schlechte Löhne gezahlt. Soldaten dürfen nicht zwangsweise in solche Stellen geschoben werden, die sie als freier Arbeiter niemals annehmen würden. Man zieht heute Tausende Wehrpflichtiger ein und überweist sie sofort staatlichen Betrieben. Rechner illustriert das an einer ganzen Reihe von Beispielen. Man darf die Leute nicht zwingen, zu

Hungerlöhnen in den Eisenbahnbetrieben

zu arbeiten. Rechner fragt dann, wann endlich die Bahndirektionen für die Arbeiterauschüsse erscheinen.

Generalleutnant Gröner verpricht Abhilfe. Die Einziehung von Wehrpflichtigen lediglich zur Beschäftigung bei Eisenbahnen ist nicht zulässig, wenn es sich nicht um einen momentanen Notstand handelt. In Preußen sollen die Staatsbetriebe nicht militarisieren werden. Der Reklamiererte genießt den vollen Schutz des Hilfsdienstgesetzes; er muß aber zunächst an der Stelle bleiben, für die er beurlaubt ist. Dagegen steht einem Austausch dieser Arbeitskräfte nichts im Wege.

Unterstaatssekretär Richter erklärt, daß die Bahndirektion für die Arbeiterauschüsse am 22. Januar an die Bundesregierungen erlassen worden sei.

In der Nachmittagsitzung wurden zunächst Erläuterungen gegeben über die Regelung des Arbeitsnachweises und über die Organisation der Frauennarbeit. Diese Gelegenheit benutzte der Abg. Ebert zu einer Anfrage, unter welchen Voraussetzungen Frauen in die Kriegsamstellen berufen werden; ferner, ob diesen Referentinnen Beiräte zur Seite stehen und ob bei der Auswahl der Frauen auch die Arbeiterinnen-Organisationen berücksichtigt worden sind. Von einem Vertreter des Kriegsamts wird erklärt, daß sämtliche Gewerkschaften mit herangezogen wurden. Die Referentinnen hat das Kriegsamt auf Grund angestellter Erlaubigungen herangezogen. Abg. Ebert brachte dann zur Sprache, daß in der

Artilleriewerkstätte in Sponaub

bestimmt worden ist, daß an der Wahl zu den Ausschüssen nur Arbeiter teilnehmen dürfen, die mindestens fünf Jahre im Betriebe beschäftigt sind. Diese Angabe wird von einem Vertreter des Kriegsamts dahin richtiggestellt, daß an der Wahl jeder Beschäftigte teilnehmen darf, daß aber nur gewählt werden kann, wer fünf Jahre im Betriebe ist. — Abg. Bauer wies daraufhin zahlenmäßig nach, daß von etwa 70 000 Beschäftigten nur ungefähr 150 in den Arbeiterauschüssen wählbar sind, ein Zustand, der völlig unhaltbar ist. — Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß die Militärverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und allenfalls neue Arbeiterauschüsse auf Grund des Hilfsdienstgesetzes wählen lassen sollte. — Abg. Dr. Cohn hob besonders hervor, daß nur die Ausschüsse weiter bestehen dürfen, die auf Grund der Gewerbeordnung gewählt sind. Bei den Betrieben der Militärverwaltung trifft das nicht zu, weshalb dort ganz generell neue Ausschüsse errichtet werden müssen, eine Ansicht, der auch der Abg. Gröber beitrug. Mit Mehrheit formulierten der Ausschuss seine Wünsche dahin: Der Ausschuss ist der Meinung, daß für die militärischen Betriebe Ausschüsse auf Grund des Hilfsdienstgesetzes zu errichten sind. — Abg. Ebert wandte sich dann den Beschwerden zu, die fast in jeder Sitzung neuerdings vorgebracht werden müssen. Das müsse zu der Auffassung führen, daß die bei der Beratung des Gesetzes gemachten Zusicherungen nicht eingehalten worden. Der Erlaß des Generalleutnant Gröner über die

Behandlung der Reklamierten

steht im Widerspruch mit seinen Zusicherungen im Reichstag. Der Erlaß entzieht den Reklamierten das Recht nach § 8 des Hilfsdienstgesetzes; er bedeutet geradezu eine Umgehung des Gesetzes. Daß die Reklamierten gern in ihre Heimat wollen, ist begründet; jetzt liegt es aber so, daß die Reklamierten auf Werften, Eisenbahnen usw. sich den Bedingungen der Unternehmer einfach fügen müssen. Für die Fürsorge der durch Stilllegung von Betrieben arbeitslos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen muß das Kriegsamt bestimmte Grundsatze aufstellen. Bei Ueberweisung von Arbeiterinnen an die Landwirtschaft muß auch für entsprechende Unterkunft und Bezahlung gesorgt werden. Die Vergütung der eingezogenen Leute, die der Post und der Eisenbahn überwiegen werden, ist zu gering, insbesondere, nachdem in diesen Fällen die Familienunterstützung in Wegfall kommt. Die Militärverwaltung legt der Abhaltung solcher Versammlungen Schwierigkeiten in den Weg, die sich mit dem Hilfsdienstgesetz bekämpfen sollen. — General Gröner sagt zu, daß die Wünsche des Abg. Ebert soweit als möglich erfüllt werden sollen. Der Erlaß betr. die Reklamierten steht nicht im Widerspruch mit den Erklärungen im Reichstag.

In der weiteren Diskussion kritisierte Abg. Dr. Cohn die ungewöhnliche Verteilung der Reklamierten. — Ein polnischer Vertreter bespricht die Ausbeutung der polnischen Arbeiter. — Abg. Bauer hält daran fest, daß der Reklamierten-Erlaß mit dem Gesetz nicht in Einklang gebracht werden kann. Tatsächlich werden die Reklamierten rechtlos gemacht. — General Gröner fügt zu, daß er eingreifen wolle, wenn sich Härten einstellen. — Die nächste Sitzung findet am 20. Februar statt.

Aus der Partei.

Heinrich Weylers Abschiedsbrief.

In der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht Kurt Eisner Worte ehrenden Gedankens für seinen einstigen „Vorwärts“-Kollegen Heinrich Weyler. Darin gibt er auch den letzten Brief wieder, den Weyler an ihn geschrieben hat. Er lautet:

Bochum, 22. Januar 1917.

Krankenhaus Bergmannsheil.

Mein lieber Kurt Eisner! Zunächst zur Erklärung einer Unklarheit: Seit Anfang August bin ich arbeitsunfähig und seit Mitte September liege ich ziemlich schwer krank an der Leber im Krankenhaus. Das erklärt mein Schweigen, obwohl ich sonst leidenschaftlichen Anteil an dem Parteileben nehme.

Es drängt mich noch zu einer Erklärung Ihnen gegenüber. Keine Auseinandersetzungen. Jeder Mann wählt seinen Weg nach der Verantwortung, die er tragen zu können glaubt und für seine Pflicht hält.

Solange Sie Ihr Weg an die Seite der Organisationszerstörer stellt, solange kann von Freundschaft zwischen uns — so eng oder so weit sie war — keine Rede mehr sein. Als Mensch bleibe Sie für mich der Sie waren — und ich nehme dafür Ge.ensittigkeit an.

Damit sei's geschieden von einer Episode meines Lebens, die ich nicht zu den schönsten rechne, trotz des nicht guten Endes, das ernste Ereignisse ihr aufzwingen. Die Zeit läßt mich auch darüber Gras wachsen.

Heinrich Weyler.

Eisner deutet dann auch den Inhalt seiner Antwort an, die den Kameraden nicht mehr erreicht. Es heißt darin: „Meine jetzige Ueberzeugung greift weit über alle organisatorischen Interessen hinaus, sie wurzelt in der Erkenntnis, daß die deutsche Sozial-

demokratie in einer Weltkatastrophe, da sie Mutterin der Menschheit hätte sein können, an ihrer Förderung mit waldig geworden.“

Es liegt uns nicht daran, den alten Streit aufzuwühlen. Weyler war eben mit uns der Ueberzeugung, daß Eisners Rezept der Menschheit nicht die Rettung bringen, daß sie aber — würden sie von mehr als einer kleinen Minderheit befolgt — eine Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse bedrohten. Weyler konnte so wenig wie wir den starren Eigenfinn billigen, der am liebsten die ganze Partei in die Luft sprengen möchte, weil sie in einem verbängnisvollen Augenblick verhängnisvollen Katschlagen nicht gefolgt ist. Und darum mühte er auch bis nach seinem Tode, bis in einem Blatt der Arbeitsgemeinschaft zugegeben wurde, daß er doch ein braver Mensch und ein ganzer Mann gewesen sei!

„Das deutsche Volk im Kriege“.

Mit einer Versammlung in Lübeck hat Genosse Scheidemann eine zweite größere Vortragsreise beendet, die ihn im Monat Januar durch die größten Städte Südböhrens, der Pfalz, Würtemberg und Badens führte. In allen Versammlungen behandelte Scheidemann das Thema: „Das deutsche Volk im Kriege“. Er wandte sich entschieden gegen alle Vergewaltigungsziele, gleichviel von wem und wo sie aufgestellt würden, und erklärte einen Frieden der Verständigung für das zu erstrebende Ziel, denn nur ein solcher Friede werde von Dauer sein. Deutschland führe den Krieg als Verteidigungskrieg. Diese Tatsache habe das Volk zu entschlossenster Einheit zusammenschweißt. Wer dem Krieg einen anderen Charakter geben wolle, gefährde diese Einheit und schwäche dadurch die Kraft des deutschen Volkes, während die Kraft und den Kriegswillen unserer Feinde erhöhe. Unsere Bereitschaft zu einem Frieden der Verständigung müsse aufrechterhalten bleiben. Wollen freilich die Gegner einen solchen Frieden nicht, dann wird die Entschlossenheit des deutschen Volkes unerschütterlich bleiben, bis zum äußersten zu kämpfen, um alle Vergewaltigungspläne der Feinde zu scheitern. Nur in einem unterworfenen Deutschland, dessen politische Selbständigkeit vollkommen unangetastet bleibe und dessen Zukunft gesichert sei, könne die Sozialdemokratie die Aufgaben lösen, die zu lösen ihre Pflicht sei: Frieden, Brot und gleiches Recht für alle! Deshalb: „Geheißt Land vom Feld zum Meer für ein freies deutsches Volk!“ — Alle Versammlungen waren überfüllt, weshalb die meisten lange vor Beginn polizeilich gesperrt wurden. Unser Genosse fand überall lebhafteste Zustimmung.

Kautsky auf dem Rückzug.

Nachdem wir Kautskys unsagbar lächerliche Unterstellung, die sozialdemokratische Partei trage die politische Verantwortung für die Verschärfung des U-Boot-Krieges, an dieser Stelle gebührend zurückgewiesen haben, versucht der verunglückte Logiker, sich in einem langen Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“ herauszureden. Aus seinen politischen Spinnereien haben wir den entscheidenden Satz hervor:

Daß der „Vorwärts“ und seine Hinterwänner die Verschärfung des Unterseebootkrieges nicht beabsichtigten, bezweifle ich durchaus nicht; ich habe es auch nie behauptet. Wenn Sie aber nicht erkannten, wie sie ihr durch ihre Haltung gegenüber der Rote der Entente den Weg bahnten, so bezeugt das nur, daß sie sich über die Folgen ihres eigenen Tuns nicht klar waren. Die Verantwortung für diese Folgen werden sie dadurch nicht los.

Also für das, was man nicht gewollt hat, trägt man die Verantwortung. Wenn das zutrifft, — um so schlimmer alldann für Kautsky und die Arbeitsgemeinschaft! Seit dem Tode ihrer Begründung hat diese praktisch nichts erreicht, als die Reaktion zu häufen; in fast allen wichtigen Reichstagsdebatten ist sie als Hilfstruppe an der Seite der Alldemokraten erschienen; sie hat, indem sie sich durch die Kreditverweigerung selbst ausschaltete, die Lage der Parteien geschwächt, welche die Kanzlerpolitik vor dem 1. Februar 1917 unterstützten, und natürlich entsprechend die Lage der Gegenseite gestärkt. Bisher hat sie sich damit entschuldigt, daß das nicht die gewollte Folge ihrer Abspaltung und Politik war. Aber nach Kautskys neuer Theorie gilt das ja nichts mehr. Kautskys Gedanke, folgerichtig zu Ende gedacht, legt also letzten Endes der verkehrten Selbsthaltungspolitik der Arbeitsgemeinschaft die politische Verantwortung für den verschärften U-Boot-Krieg auf. Aber das hat Kautsky wohl nicht beweisen wollen? (x)

Aus Industrie und Handel.

Ein schlechtes Vorbild.

Der „Lokalanzeiger“ veröffentlicht eine Zusammenstellung der prozentuellen Zuckerverpreissteigerungen in verschiedenen Ländern, aus der der Leser den unausgesprochenen Schluß ziehen soll, daß die deutschen Verbraucher eine kräftige Erhöhung des Zuckerpriests ganz wohl vertragen könnten. Danach beträgt die Steigerung der Preise für Zucker: in Deutschland 25,5 Proz., in Oesterreich 34,0 Proz., in Holland 16,18 Proz., in Frankreich 124,0 Proz., in England 24,0 Proz., in Rußland 82,0 Proz. und in Amerika 64,0 Proz.

Mit den Prozentzahlen ist es eine sehr eigenartige Sache. Wenn in England für das Pfund Zucker beispielsweise vor dem Kriege 15 Pf. jezt aber 45 Pf. gezahlt werden, so liegt eine Preissteigerung von 300 Proz. vor. Wenn dagegen in Deutschland der Zuckerpriest vor dem Kriege 30 Pf. betrug und bis heute auf 45 Pf. hinaufgegangen ist, so liegt nur eine Preissteigerung von 50 Proz. vor, obwohl in Deutschland und England der Zucker den gleichen Preis hat! Nun mögen die Friedensprose von 15 Pf. für das Pfund Zucker in England und von 30 Pf. in Deutschland nicht genau stimmen — sie sind nur zur Veranschaulichung gewählt —, aber das Verhältnis der Preise ist damit doch ungefähr gegeben, da in England der Zucker sehr viel billiger als in Deutschland gewesen ist. Die Angabe der prozentuellen Preissteigerung besagt also gar nichts ohne gleichzeitige Angabe der tatsächlich gezahlten Preise.

Aber selbst wenn der Engländer für dieses oder jenes Produkt mehr zahlen sollte als der Deutsche, so ist doch die Lebenshaltung in England im ganzen weder so sehr veräuert, noch so sehr auf nur magenfüllende, nicht nahrhafte Ersatzstoffe wie in Deutschland angewiesen. Die Gewinne der Zuckerfabriken sind so unerhört groß, daß jede Preissteigerung zuerst die Notwendigkeit bedürftigen muß, diese unerhörten Gewinne auf das Friedensmaß zurückzuführen.

Die Konzentrierung des Tabakverbrauchs.

Zu Kriegsbeginn haben die Tabakfabrikanten Zweiggeschäfte zur Beschäftigung von Arbeitslosen begründet, die durch Beschän-

lung des Tabakverbrauchs in Gefahr kommen, stillgelegt werden zu müssen. Eine kürzlich gegründete Schabbereinigung verlangt, daß für die neuingerichteten Betriebe ein Kontingent auf Grundlage des Verbrauchs der ersten sieben Monate 1916 festgelegt werde. Während die Stammfabriken nach dem Verbrauche der ersten sieben Monate 1915 Kontingentiert werden sollen.

Die Börse.

Die Börse ist in den letzten Tagen sehr fest gewesen und hat mit Ausnahme der Schiffahrtsaktien, deren Kurse aber auch gestiegen sind, die vor dem Abbruch mit den Vereinigten Staaten erzielten Kurse zum großen Teil überholt. Ursache der überhöhten Preisbewegung ist, daß besonders durch die Mitteilung der Phönix L. G. für Bergbau und Güterbetrieb über die Gewinn im ersten Halbjahr 1916/17 die Phantasie der Börsenbesitzer mächtig angeregt wurde. Es werden die ungeheuersten Gewinnziffern kolportiert. Die Phönix soll in dem einen halben Jahre 40 Millionen Mark verdient haben, was nur um 2 Millionen Mark weniger ist als im ganzen Geschäftsjahr 1915/16. Stimmt diese Angabe, so wäre die schlaueste Sache vor der Veröffentlichung der Gewinnziffern erlitten. Die Heilmittelwerke auf der einen Seite, die Ausprägung unkontrollierbarer Gerüchte auf der anderen Seite zum Zweck der Kurssteigerung ist schon zu mißbilligen.

Da infolge der vorläufigen Haltung Wilsons der Krieg von heute auf morgen nicht allzu wahrscheinlich ist, außerdem nun auch die Erfolge der U-Boote gemindert werden, so war die New Yorker Börse am Donnerstag ziemlich schwach.

Aus Groß-Berlin.

Abgeordneterversammlung im 11. Berliner Landtagswahlbezirk.

Der Vorstand und die Funktionäre des sechsten Kreises haben beschlossen, als Kandidaten für die Erstwahl den Genossen Louis Brunner, Vorsitzenden des Deutschen Eisenbahnerverbandes, aufzustellen. Es konnte durch Umfrage festgestellt werden, daß ein erheblicher Teil der noch vorhandenen Wahlmänner bereit ist, für diesen Abgeordneten-kandidaten zu stimmen.

Kunnter werden die Parteigenossen im 11. Landtagswahlbezirk ersucht, unverzüglich und mit größtem Eifer in die Wahlkation einzutreten. Die Kürze der Zeit bis zum Wahltage erfordert intensivste Werbetätigkeit. Der Vorstand ersucht die Genossen, ihm bei der

Anstellung von Wahlmännern

behilflich zu sein. Jeder Genosse, der die preussische Staatsangehörigkeit hat und 21 Jahre alt ist, kann Wahlmann werden. Da ein sehr großer Teil der Genossen sich im Soldatenrock befindet, ist die Auswahl nicht allzu groß, und es ist die Pflicht jedes einzelnen, sich uns zur Verfügung zu stellen. Ohne Säumen muß an die Arbeit gegangen werden. Wer für unsere Kandidaten eintreten und sich als Wahlmann aufstellen lassen will, sende seine Adresse an Genossen N. Rich, N. 39, Buchstr. 7.

Die Urwählerlisten haben bereits ausgelegt. Einprüfliche gegen die Richtigkeit sind nicht erfolgt. Die Abteilungslisten, aus denen die Zustellung der Wahlberechtigten zu den drei Klassen erfolgt ist, liegen von morgen Sonntag bis einschließlich Dienstag, von vormittags 10 bis nachmittags 1 Uhr in dem Wahlbureau, Stralauer Str. 44/45 I, Zimmer 10 (Eingang I, Luergebäude rechts), zur Einsicht öffentlich aus. Einprüfliche sind dort nur an den genannten drei Tagen anzubringen. Die Quittungen über Staats- und Gemeindefürer für das Vierteljahr Oktober-Dezember 1916 sind vorzulegen, um die Abfertigung zu beschleunigen.

Die neuen Einschränkungen im Eisenbahnverkehr.

Zu den schon in den Verhandlungen des Haushaltsausschusses des preussischen Abgeordnetenhauses angeführten weiteren Einschränkungen im Eisenbahnverkehr, die am 20. Februar in Kraft treten sollen, erzählt die „Deutsche Städte-Korrespondenz“ folgendes:

Die weiteren Einschränkungen im Eisenbahnverkehr sind vor allen Dingen gleichbedeutend mit weiteren Verkürzungen des Verkehrs der Schnellzüge, Eilzüge und Personenzüge. Was die Schnellzüge anbetrifft, so wird es notwendig sein, die noch jetzt laufenden Züge soweit einzuschränken, daß auf jeder Hauptlinie im allgemeinen nur ein Schnellzugpaar verkehrt. Auf den weniger befahrenen Linien wird sich sogar der Ausfall des ganzen Schnellzugsverkehrs an manchen Tagen der Woche notwendig erweisen. Der Verkehr der Eilzüge und Personenzüge muß gleichfalls eine bedeutende Verkürzung tragen. Man muß damit rechnen, daß auf langen Strecken der Personenzugverkehr ganz ausfällt. Der Verbrauch an Material, Kohlen und Arbeitsleistung des Personals ist bei langen Strecken der Personenzüge so bedeutend, daß er im Interesse der Arbeitswirtschaft unbedingt reduziert werden muß. Im allgemeinen sollen die Personenzüge nur als Zubringer zu den Schnellzügen und Eilzügen dienen. Auch die Eilzüge werden gewisse Einschränkungen erfahren müssen, wie denn überhaupt der Personenzugverkehr vor den Notwendigkeiten des Güterverkehrs, die im kommenden Frühjahr erheblich wachsen werden, zurücktreten muß.

Der lokale Verkehr innerhalb der Städte wird gleichfalls durch die Einschränkungen getroffen werden. Was Groß-Berlin anbetrifft, so werden im Betriebe der Stadt-, Ring- und Vorortbahn noch einige Züge fallen, die sich im Laufe der letzten Wochen als nicht so notwendig erwiesen haben. Dafür wird es vielleicht möglich sein, in den Hauptverkehrszeiten den einen oder anderen Zug zusätzlich beizubehalten, einzulegen.

Die Eisenbahnverwaltung ist sich darüber klar, daß die neuen Einschränkungen im Eisenbahnverkehr das Publikum, vor allem das der Großstadt, das des Eisenbahnverkehrs als Mittel bedarf, um zur Arbeitstätte zu gelangen, empfindlich treffen. Sie sieht aber keine andere Möglichkeit, um den Notwendigkeiten zu entsprechen, die ihr durch den Stand der Betriebsverhältnisse auferlegt werden. Vor allen Dingen ist es die Abnutzung des rollenden Materials, das einen Normalverkehr fast unmöglich macht. Die Reparaturen müssen sich auf einen Stand angelangt, der in absehbarer Zeit eine Besserung der Verkehrsverhältnisse verbietet.

Preisprüfungsstelle für Groß-Berlin.

Der Sachverständigenrat für Gemüse und Obst beschäftigte sich mit der Frage der Preisfestsetzung für Kartoffeln nach dem 15. Februar. Wie bekannt, erhöht sich bei Abgabe durch den Landwirt am 15. Februar der Preis der Kartoffeln von 4 M. auf 5 M. pro Zentner. Für den Kleinverkauf ist in Groß-Berlin der Preis bisher auf 5,50 M. festgesetzt. Ueber diesen Betrag hinaus wurden die Mehrkosten zu je einem Drittel von Reich, Staat und Gemeinde abgedeckt. Die Preisprüfungsstelle mitgeteilt wird, besteht die Absicht, auch jetzt wieder die Mehrkosten in die über 1,50 M. hinausgehen, in der gleichen Weise zu decken. Dem Kleinhandel wurde eine Vergütung von 70 Pf., dem Großhandel 50 Pf. pro Zentner zugesprochen. Nunmehr wurde vorgeschlagen, die Entschädigung für den Großhandel auf 60 Pf. zu erhöhen. Zu diesem Aufschlag sind natürlich nicht Frucht-, Lagerungs- und Vermittlungsgebühren enthalten. Die Vertreter des Großhandels verlangten in der Preisprüfungsstelle die Erhöhung ihrer Vergütung auf 75 Pf., da bei dem anhaltenden Preiswetter zu unangünstigen Transportverhältnisse sich entwickelt haben, daß der Handel Verluste habe. Die Sachverständigen

in der Beschaffung von Futter seien so groß, daß für den Zentner Kartoffeln bis zu 1 Mark Aufschlag verlangt wurde. Dazu komme, daß im Kartoffelhandel bis zu 70 M. Wochenlohn an Arbeiter und Arbeiter gezahlt werden müßten. Bei solchen Preisen könne der Großhandel mit 60 Pf. Aufschlag nicht bestehen. Im Sachverständigenrat wurde aber darauf hingewiesen, daß dieser Preiszuschlag bis zur nächsten Ernte gelten soll und also, wenn die Transportverhältnisse gehoben sind, eine Erleichterung eintreten wird. Für Berlin liegen die Verhältnisse besonders ungünstig, da es sich hier für eine vorübergehende Zeit um weite Transporte per Wagen handelte, während in den Vororten vielfach leichtere Transportverhältnisse abzuwägen. Die in den Netzen bei Berlin gelagerten Kartoffeln sind jetzt aufgebraucht, und damit wird die Zufuhr wieder von den Vororten erfolgen. Es wurde aber der Wunsch geäußert, daß für die besonderen Leistungen auch dem Handel ein Zuschlag gewährt werden sollte. Gegen eine Allgemeinvermehrung der Zulage von 50 auf 60 Pf. erhob sich kein Widerspruch. Es wird angenommen, daß der Magistrat den Kartoffelpreis auf 6,50 M. erhöhen wird.

Für die Kartoffelzufuhr bestehen gegenwärtig außerordentliche Hindernisse. Das Aufmachen der Netze ist mit der Gefahr verknüpft, daß große Bestände erstickten, so daß die Störungen nicht überwunden werden, bevor nicht eine mildere Winterung eintritt. Ueber die Aussichten in der künftigen Kartoffelerzeugung ist kein festes Urteil zu fällen, es wird aber von Landwirten und auch von Händlern, die mit der Eigenart des Kartoffelhandels vertraut sind, angenommen, daß beim Öffnen der Netze noch auf höhere gut erhaltene Bestände zurückgegriffen werden kann, die eine bessere Versorgung ermöglichen. Kohlrüben werden noch in erheblichem Umfang zur Ausfuhr kommen. Ihre Verwendungsmöglichkeit ist beschränkt, da sie über den Februar hinaus kaum haltbar sein können. Es empfiehlt sich deshalb, Kohlrüben zu trocknen. Das kann auch im einzelnen Haushalt geschehen; Anweisungen dafür wurden wiederholt in der Tagespresse gegeben.

Mehr Kinderkutsch?

Der vor kurzem in Berlin entstandene „Kriegsausflug zum Schutze auffichtiger Kinder“, dessen Ausdehnung auf Groß-Berlin angestrebt wird, hatte am Mittwoch eine Versammlung mit Vertretern der sich der Kinderbewahrung widmenden Vereine. Aus dem Bericht des Vorsitzenden Stadtrat Sallensbach erfuhr man, daß Berlin aus der Wasserverwaltung, der Schulverwaltung, der Armenverwaltung und der Medizinalverwaltung fünf Magistratsmitglieder in den Ausschuss entsandt hat, daß aber von den Vorortgemeinden noch keine der Einladung zum Ausschuss gefolgt ist. Die durch den Krieg bewirkte außerordentliche Zunahme der Frauenwerkdarbeit stellt die Aufgabe, die auffichtigeren Kinder in größerer Zahl als bisher den Kruppen, den Kindergärten und den Kinderhorten zuzuführen und auch deren tägliche Betriebsdauer zu verlängern. Zur Deckung der Mehrkosten will die Stadt Berlin und die Landesversicherungsanstalt Berlin beitragen, im übrigen aber sollen durch den Ausschuss die Mittel aus milden Spenden zusammengebracht werden unter Heranziehung der für Kriegsindustrie mit Frauenarbeit in Betracht kommenden Arbeitgeber, die auch — ebenso wie die Arbeitnehmer — ihre besondere Verantwortung im Ausschuss haben. Die der Betrieb dieser der Kinderbewahrung dienenden Anstalten künftig einzurichten wäre, legte Frau Wiener-Sappensheim dar. Ueber anderem ist beabsichtigt, die Kruppen von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends öffnen zu halten. Auch die Aufgabe, für die Verpflegung der Kinder zu sorgen, erweitert sich mit der Verlängerung des Betriebes. Magistratsrat Collatz berichtete über die Arbeit einer besonderen Kommission zur Ermittlung von Pflegestellen für Säuglinge. Für das Medizinalamt der Stadt Berlin sprach Prof. Grotjahn über hygienische Mindestforderungen, die man an Kruppen, Kindergärten und Kinderhorten stellen muß. Daß er zur Verbütung von Krankheitsübertragungen sogar einen Noterraum forderte, rief Bewegung hervor. Wie viele der aus mäßigen Spenden der Wohltäter und knappen Beiträgen der Stadt notwendig unterhaltenen Anstalten mögen solchen Ansprüchen nicht im entferntesten genügen! Noch mehr als die Säuglinge wird jeder Hygieniker unserer Ansicht beifolgt, daß es sich hier um Aufgaben handelt, deren Lösung nur möglich ist, wenn die Gemeinde sie auf sich nimmt.

Fleischverkauf und Kundenliste.

Das Nachbarnamt des Berliner Magistrats schreibt: Ein überaus großer Teil der Hausfrauen besorgt ihren Fleischverkauf erst am Sonnabendabend, gleichgültig, ob der Nummeraufruf im Laufe der Woche erfolgt ist oder nicht. Hierdurch bleiben in den ersten Tagen der Woche dem Fleischer mehr oder weniger große Fleischmengen übrig, die er dann außerhalb der Reihenfolge an seine Kunden abgibt. Damit wird ein wesentlicher Zweck der Kundenliste vereitelt; die Kunden, die im Laufe der Woche nacheinander befriedigt werden sollten, drängen sich am Schluß der Woche zusammen, so daß dem Fleischer jede Übersicht verloren geht. Das Publikum hat es sich selbst zu beschreiben, wenn es kein Fleisch erhält. Es sei ferner darauf hingewiesen, daß jede Fleischkarte und Fleischmarke mit Ablauf der auf ihr angegebenen Zeitdauer ihre Gültigkeit verliert. Ein Erfolg für nicht eingetragene Fleischmarken kann in der folgenden Woche nicht mehr gegeben werden. — Endlich wird daran erinnert, daß die Stunde von 7 bis 8 Uhr abends zum Fleischverkauf lediglich für diejenigen Karteninhaber vorbehalten bleibt, die in der für sie angelegten Verkaufsstunde aus begründetem Anlaß (z. B. beruflicher Verhinderung) den Einkauf nicht vornehmen können. Der Grund der Verhinderung ist durch Vorlegung einer Weisung eines des Arbeitgebers oder durch polizeiliches Ausweis glaubhaft zu machen. Es empfiehlt sich, daß solche Karteninhaber unter Vorlegung der Bescheinigung den Fleischer rechtzeitig erwachen, das auf sie empfindliche Fleisch für den Einkauf zwischen 7 und 8 Uhr abends bereitzuhalten. Verwarben über angeblich falsche Beschaffenheit von Wurst sind nicht beim Magistrat anzubringen, sondern bei den Polizeibehörden.

Die juristische Sprechstunde

für die Abonnenten des „Vorwärts“, Lindenstr. 3, ist vom 4. Hof in den ersten Hof, unten links, verlegt worden. Die Sprechstunden sind von Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, Sonnabends von 3 bis 6 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin I. Die Mitglieder des 1. Kreises, die nicht auf dem Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft stehen, sondern zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehören, hatten sich am Mittwoch zu einer Versammlung zusammengefunden. Nach einer ausführlichen Aussprache über die Lage wurde der neue Verein gegründet. Vorsitzender ist Lutz, Lindenstr. 2, Schriftführer Radewski, Neue Jakobstr. 18 und Kassierer Volkmann, Solmsstr. 24. Sie bitten alle Genossen, die auf unserem Standpunkt stehen, sich bei den Vorbenannten zu melden. Außerdem ist Genosse Glauz, Kommandantenstr. 83, zu jeder Auskunft bereit.

Seinen 70. Geburtstag feiert am heutigen Sonnabend der Zimmermann, jetzige Zeitungsgesandter August Jänisch. Schon seit Anfang der siebziger Jahre, bis zum heutigen Tage, ist dieser Veteran politisch und gewerkschaftlich organisiert. Schon unter dem Ausnahmegericht hat er seine Schuldigen getötet und auch später war er bei jeder Kleinarbeit dabei. Der Verbreitung des „Vorwärts“ dient er seit 18 Jahren mit besonderer Bewusstseinsfülle. Wir beglückwünschen ihn von Herzen zu seinem 70. Geburtstag.

Eine Vermehrung der Religionsstunden in den Mittelschulen ist vom Kultusminister genehmigt worden, der damit dringenden kirchlichen Wünschen entsprochen hat. Da eine Vermehrung der Gemeindefunktionäre nicht stattfinden soll, so kann die Zeit für den vermehrten Religionsunterricht nur auf Kosten anderer Unterrichtsgegenstände gewonnen werden. Interessant wäre es, zu erfahren, welche Unterrichtsgegenstände die preussische Pädagogik für entbehrlicher hält als den Religionsunterricht.

Der Wintergarten hat das zweite von Mag Reinhardt inszenierte Ballett herausgebracht. Es nennt sich Lilie bis hochzeitliche und ist ein burleskes Potpourri von bahnmanischen Tänzerinnen, modernem und antikem Ägypten und vor allem von plausiblen Bildern, stilisierten Vantommenlinien und schönbewegten Tänzen. Ernst Stern hat wundervolle Gewänder dazu entworfen, und aus dem Schatze Bizet'scher Melodien ist dazu eine ganz gewiß orientalistisch wirkende Musik zusammengestellt. Hel Christensen Anmut feiert Triumphe und Maria Sterna zeigt sich als Meisterin des orientalistisch-stilisierten Tanzes.

Zu dem geplanten Schuhmachereifertwerk erklärt die Gutachterkommission: Die Beschläge der Schuhmachereifertwerk sind und bisher noch nicht mitgeteilt worden. Die von uns aufgestellten Richtlinien sind im Plenum der Gutachterkommission in Anwesenheit von Vertretern des Reichsamts des Innern, des Reichsdarlehensamts, des Kriegsministeriums, der Fabrikanten, Händler, Handwerker, von technischen Verbrauchervereinen und von zwei Innungsmeistern nach eingehender Beratung festgelegt worden. Da diese Richtlinien für das ganze Deutsche Reich festgelegt worden sind, so dürften Ausnahmen wie sie die Berliner Schuhmachereifertwerk wünscht, nicht statthaft sein. Die Begründung der Schuhmacher, daß die Materialkosten sehr hoch sind, ist hinfällig, da ja die Schuhmacher ihre eigenen Materialkosten und Arbeitslöhne den Kunden berechnen dürfen.

Kriegsausflug für die Textilindustrie. Das Kriegsamts hat genehmigt, daß die beim Berliner Gewerbeamt bestehende Schlichtungskommission für die Textilindustrie als Kriegsausflug bestehen bleibt. Die Zuständigkeit erstreckt sich auf den Bereich der Bezirkskommandos I bis IV, ferner auf die Stadt Spandau, auf Siemensstadt und die Landgemeinde Staaken.

Keine Inventuraudverläufe. Das Polizeipräsidium teilt mit: Durch § 1 der Verordnung des Bundesrats über das Verbot einer besonderen Beschlagnahme des Verkaufs von Strick-, Web- und Wirkwaren vom 21. Februar 1916 ist die Anfertigung und die Abhaltung von Inventuraudverläufen verboten worden. Dieses Verbot bezieht sich auf alle Waren, ohne Rücksicht darauf, ob sie bezugscheinpflichtig oder bezugscheinfrei sind.

Keine Bodengefahr. In den letzten Tagen sind mehrfach Nachrichten über das Auftreten von Boden in Berlin in die Presse gelangt. Tatsächlich sind einige Bodenfälle von Mathematisches Institut am Anfang des Jahres mehrere Bodenfälle vorgekommen sind, durch Wanderarbeiter in zwei Berliner Gebirgen eingeschleppt worden. Die Fälle sind aber sofort erkannt und in einem Krankenhaus isoliert worden. Ihre Umgebung wurde von neuem der Schutzimpfung unterworfen. Da somit von den Behörden alle Maßnahmen zur Verhütung einer Weiterverbreitung der Boden getroffen worden sind, ist ein Grund zur Beunruhigung nicht vorhanden.

Wegen Verurteilung und Verbreitung eines verbotenen Flugblattes hatte der Vordrucker Folge vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen, vor der er wegen Vergehens gegen das Verbotsgesetz angeklagt war. Folge hatte seinerzeit an einem im Felde stehenden Obergezeiten zwei hiesige Tageszeitungen geschickt, zwischen deren Blättern sich jenes Flugblatt befand, das nach der Beurteilung des Rechtsanwalts Dr. Liebmann erschienen war. Unter Anklage gestellt, behauptete er, das Flugblatt nicht absichtlich in die Zeitungen hineingelegt, mithin keine Verbreitung oder Verurteilung beabsichtigt zu haben. Es sei lediglich durch ein Versehen in die Zeitungen hineingegeben. Das Schöffengericht Berlin-Mitte sah aber als erwiesen an, daß der Angeklagte, der in Schutzhaft genommen worden war und darin über 90 Tage zubringen mußte, das Flugblatt habe anderen zur Kenntnis bringen wollen und verurteilte ihn mit Rücksicht auf die Sachlage zu 3 Monaten Gefängnis. Die Angeklagte hatte dem Staatsanwalt wie der Angeklagte Verurteilung eingelegt. Das Landgericht kam aber zu dem gleichen Ergebnis wie der Vordrucker. Er sah gleichfalls kein Versehen, sondern eine beabsichtigte Verbreitung als vorliegend an und hielt auch das hohe Strafmaß in Anbetracht, daß der Inhalt des Flugblattes wegen seiner anreizenden Tendenz und seine Verbreitung eine große Gefahr in sich schloße, vollkommen für gerechtfertigt. Demgemäß wurden beide Verurteilungen verworfen. (2)

Das Weißbier wird teurer. Eine Lokalkorrespondenz berichtet, der Verein der Weißbierbrauereien hat den Beschluß gefaßt, vom nächsten Montag an den Preis für das Weißbier um 3 Pf. für den Hektoliter zu erhöhen. Infolge der außerordentlichen Knappheit an Rohzucker im kommenden Sommer der Flaschenhandel mit Weißbier vollständig aufhören. Eine Erhöhung des Lagerbierpreises wird dagegen wie wir entgegen anders lautender Gerüchten aus untrüglicher Quelle mitteilen können, zufolge Vereinbarungen zwischen der Militärverwaltung und den Brauereien während der ganzen Dauer des Krieges nicht eintreten.

Zwei große Fabrikbrände machten der Berliner Feuerwehr am Freitag viel Arbeit bei bitterer Kälte und ungeheurer Qualmentwicklung. Gleich nach Mitternacht stand ein großer Schuppen der A. G. in der Huttenstr. 12/16 sowie ein angrenzendes Fabrikgebäude in großer Ausdehnung in Flammen. Die Feuerwehr griff sofort mit drei Schlauchleitungen stärksten Kalibers ein, der Frost war aber so stark, daß das Wasser in den Schlauchen gefror und diese platzen. Erst nach längerer Arbeit war die Gefahr beseitigt. — Zeit vorher und gefährlicher war der zweite Brand, der 3 Uhr nachts in der Reuenburger Straße 7 bemerkt wurde, als die Flammen schon aus Fenstern und Dachlukken entpolderen. Hier standen auf dem Hofe mehrere Fabrikbetriebe in Flammen. Die Feuerwehr griff von allen Seiten an. Ueber die Treppen, die bald von Gluteste bedeckt waren, sowie über eine Balkenleiter wurden Schlauchleitungen gelegt und bald konnte mit sieben Rohren Wasser gegeben werden. Wegen der großen Gefahr für das Nachbargebäude Reuenburger Straße 6 wurden sämtliche Mieter gewarnt. Der Feuerwehr gelang es aber, den Brand auf die Fabrikgebäude zu beschränken. Nach anstrengender Arbeit konnte um 7 Uhr abgerufen, die übrigen wurden um 9 Uhr abgelöst. Im diese Zeit brannten noch einige Teile, doch war keine Gefahr mehr vorhanden.

Ein tödlicher Eisenbahnunfall hat sich auf dem Bahnhof Brnau ereignet. Der dort beschäftigte 82-jährige Bahnarbeiter Brunzel wollte die Gleise überqueren und überließ dabei das Herannahen eines Schnellzuges. Er wurde von der Lokomotive erfasst und überfahren. Er war auf der Stelle tot. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und drei kleine Kinder.

Nur für reiche Leute! In unserer Notiz in Nr. 33 teilt uns die Firma G. A. Herpich Söhne mit, daß sie nicht die Verlegerin der betreffenden Annonce ist. Es scheint also, daß die Widmungslosigkeit auf das Konto der Pingerischen Nachlassverwaltung zu setzen ist.

Der Schauspieler Jugo Brandt, der unter dem Verdacht der Teilnahme an dem Wilsonenschwundel der Frau Martha Kuber in Haft genommen worden war, ist gestern aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da die Beschuldigungen gegen ihn im Laufe der Ermittlungen sich als haltlos herausgestellt haben.

Für 50 000 Mark Seide wurde in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Prenzlauer Str. 24 in der dem Kaufmann Sally Schmauer gehörenden Tuchwarengroßhandlung von Einbrechern erbeutet.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Wiesalbeiter (A. G. Hamburg). Filiale Hauswirtschaftl. u. a. Den Mitgliedern, die in Treptow wohnen, zur Kenntnis, daß am heutigen Sonnabend, abends von 8^{1/2} bis 10 Uhr, im Lokal von Borz, Eisenstr. 101, die Kiehlstraße, stattfindet wird.

Kamtchatka.

Nach telegraphischer Meldung aus Petersburg er- eignete sich am 30. Januar auf Kamtchatka ein furch- bares Erdbeben. Man nimmt an, daß der größere Teil der Halbinsel im Meer versunken ist.

Wenn sich diese Nachricht in ihrem ganzen Umfang als zu- treffend erweisen sollte, so würde die Menschheit vor der größten irdischen Katastrophe stehen, die sich seit mindestens tausend Jahren ereignet hat. Das Erdbeben von Sissahon, die Zerstörung von Messina, die Explosion der Insel Krakatau in der Sundastraße vom Jahre 1883, der Untergang von St. Pierre durch den Ausbruch des Mont Pelée im Jahre 1902 — das alles wären Kleinigkeiten gegen- über dem Versinken von mehr als der Hälfte einer Halbinsel, die nicht viel kleiner als Italien, genau halb so groß wie Deutsch- land ist. Aber wenn sich der menschliche Geist vor dem Glauben an ein so furchtbares Ereignis auch sträubt, die Möglic- keit einer derartigen geologischen Katastrophe ist gerade bei Kamtchatka nicht von der Hand zu weisen. Denn diese Halbinsel im äußersten Nordosten Asiens, die im Osten vom Ozean, im Westen vom Chotschischen Meer umflossen wird, bildet eines der vulkanischen Gebiete der Erde, und heutige Erd- beben sind in diesem Teile der Welt, besonders aber auf Kam- tchatka selbst, sehr häufig. Die ganze Halbinsel ist von hohen Gebirgen durchzogen; namentlich das ganze östliche Ufer ist sehr reich an teils noch tätigen, teils erloschenen Vulkanen. Dieser gibt es 26 während 14 noch tätig sind; vielleicht ist ihre Zahl sogar noch größer. Die gewaltigsten unter diesen Feuerbergen sind der Mutlaw mit 4917 Meter Höhe, der erst in den Jahren 1896/97 gewaltige Ausbrüche hatte, und der 2684 Meter hohe Schiweljuski. Wie in allen vulkanischen Gebieten gibt es dort auch zahlreiche kalte und heiße Quellen; in geologischer Hinsicht bildet Kamtchatka den letzten, noch mit dem östlichen Kontinent zusammen- hängenden Teil des großen ostasiatischen Bruch- und Störungsgebietes, als welches sich das japanische Inselreich darstellt. Unmittelbar an die Südspitze der Halbinsel, die vom Kap Lopatka gebildet wird, schließt sich die lange vulkanische Inselreihe der Kurilen an, die bereits zu Japan gehört und bis nach der großen japanischen Erd- bebenkatastrophe im Jahre 1905 reicht. In früheren geologischen Zei- ten standen die Kurilen sowohl mit Kamtchatka wie mit Hok- kaido in fester Landverbindung; gewaltige Erdbeben haben dieses Festland zersplittert und zu einer Inselkette gemacht, ähnlich der einstigen Landbrücke zwischen Asien und Amerika, den Aleuten, in deren Kette während des letzten Jahrzehnts gleichfalls furchtbare vulkanische Eruptionen und Erdbeben vorgekommen sind.

Die Halbinsel Kamtchatka erstreckt sich zwischen 50 bis 62 Grad nördlicher Breite von Süden nach Norden; ihr südlichster Punkt entspricht also der geographischen Lage von Mitteldeutschland, ihr nördlichster reicht weit über Stockholm hinaus. Das Klima ist aber weit kälter als unter gleicher Breite in Europa. Die mittlere Jahres- temperatur an der Südspitze beträgt nur 3 Grad Wärme und sinkt nach Norden hin bis zu etwa — 6 Grad Celsius. Es ist dort also weit kälter als im nördlichsten Europa am Nordkap. neun Monate hindurch währt der Winter; immerhin ist die Vegetation noch verhältnismäßig reich, und es gibt, beson- ders in der östlichen, gebirgigen Hälfte der Halbinsel, prächt- volle Nadel- und Laubbäume. Auch kommen mächtige Stauden und Doldengewächse von wahrhaft baumartigem Wuchs vor, die der Landschaft einen merkwürdigen Charakter verleihen. Das gilt besonders für die östlichen Gebirgsränder. Die westliche Küste dagegen ist fast moorig und sumpfig und hat nur eine dürftige Vegetation, die einen Uebergang zur arktischen Flora des Sibirischenlandes bildet. Die Gewässer, unter denen der Kamtschatkafuß am be- deutendsten ist, sind außerordentlich reich an Fischen, die aber nur aus dem Meere in großer Menge stromaufwärts ziehen und in den Flüssen selbst nicht laichen. Die Tierwelt ist vorwiegend rein arkt- isch; schwarze Bären, wilde Rentiere und Wölfe, dann aber fast- liche Felle, wie Füchse, Ottern, Sobel, Hermeline, ferne Katzen, Murmeltiere, wilde Schafe bevölkern das ungemessene menschenarme, so gut wie völlig öde Land.

Kamtchatka ist seit seiner Entdeckung im Jahre 1697 durch Blabimir Atlaschew ununterbrochen im Besitze der Russen gewesen. Im Jahre 1803 wurde es zu einem besonderen Verwaltungsbereich mit Petropawlowsk als Hauptstadt erhoben; hundert Jahre später, Ende Oktober 1903, erhielt die Halbinsel zusammen mit den Kom- mandanturinseln einen eigenen Militärgouverneur in Nikolajewsk. Die ganze Bevölkerung besteht aus etwa 1270 Seelen, von denen rund 60 Kolonisten sind. Im Norden wird sie aus Kojalen, im Süden aus Kamtschadalen gebildet, die nicht in ganz kleinen Dörfern von nur wenigen Gehöften ein dürftiges, fast jeder Kultur bares Dasein führen. Gewaltige Menschenopfer kann die Erdbebenkatastrophe also nicht gefordert haben.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gekryela Japolska.

Markowski näherte sich einem Vorhang und hob das Ende hoch. Auf der Britische lag ein Weib in tiefem Schlaf ver- sunken. Sie war noch jung und kaum entwickelt, aber ihr Mund war schmerzhaft verzerrt. Zwei Hände fielen ihr auf die Brust, die mit einem gestickten Hemd bedeckt war, das auf den Schultern zwei kokette Schleifen von blauem Bande schmückte. Die Schlafende war ein Bauernmädchen, das auf ein öden, traurigen Feldern des majestätischen Landes groß geworden war. Die von der Britische herabhängende Hand war bis zum Ellbogen von der Sonne schwarzgebrannt, während der Oberarm das zarte Weiß heller Blondinen zeigte.

Klitski Herz preßte sich bei dem Anblick dieses Glends zusammen. Er vergaß, zu welchem Zweck er diese Stätte aufgesucht hatte und lehnte verändert und bleich wieder um. „Ja, will hier nichts sehen.“ sagte er mit tonloser Stimme. Lassen Sie mich heraus!“

Aber Markowski, der sich für den unfreiwilligen nächtlichen Pastorgang an ihm rächen wollte, sagte:

„Verzeihen Sie, wenn Sie Nachforschungen machen wollen, dann seien Sie gründlich! Sie sollen sich über- zeugen, daß man uns nicht erst zu befehlen braucht, wie wir der Stadt auf Ordnung zu halten haben. Wenn wir was tun, so geschieht es gründlich!“

Er näherte sich dem schlafenden Mädchen, riß das Feder- kissen herunter und rüttelte sie heftig an Arm. Sie schloß die Augen. Aber er warf sie zur Erde, die Hände ausgebreitet und ließ sich mit dem weißschimmernden Körper in den Fußboden nuzugraben; dann schlief sie weiter.

„Vielleicht unter der Britische“, sagte Markowski, aber istfi stieß den Polizisten fort und stürzte in den Flur. Er traf er auf Jossle, der mit der Laterne an der Wand stand.

„Führe mich in die Stadt. Ich gebe Dir drei Rubel“, rief Klitski, mit Mühe nach Luft ringend.

„Wern... warum denn nicht?“ erwiderte Jossle, aber öffnete die Tür, die nach Weinbrants Zimmer führte, und schloß einige Leise Worte mit Markowski und sprang

Neue Heilerfolge in der Krebsbehandlung.

Die Bekämpfung der qualvollen und unberechenbaren Krebs- leiden hat schon lange von den verschiedensten medizinischen Dis- ziplinen eingeleitet, ohne daß jedoch bisher prinzipielle Heilerfolge zu buchen gewesen wären. Die radikalste und auch rücksichtsloseste Waffe des Mediziners, das Messer des Chirurgen, vermag zwar in mehr oder minder peinlicher Weise den Herd des Leibes auszurotten, kann aber für ein Nichtwiederauftreten der Krebserscheinungen trotzdem keine Bürgschaft übernehmen, da ihm ein positiver heil- kräftiger Einfluß auf die verbleibenden Gewebeanteile naturgemäß ver- sagt bleiben muß. Der Heilerfolg war daher mit diesen Mitteln in starke Abhängigkeit von den Zeitpunkt der Operation getreten; je früher diese einwirkte, um so wirkungsvoller konnte sie sein. Einen völlig neuen Heilungsweg, der darum auch schwer um seine allgemeinarztliche Anerkennung zu ringen hatte und in gewissem Maße noch hat, be- trat man mit der Strahlungs- und Röntgenstrahlungsbehandlung. Volle Erfolge wurden dieser Methode um so häufiger und sicherer be- zeugt, je mehr man die Technik der Bestrahlung und das feinere Gefühl für die Wirkkraft der vielen Strahlungsabstufungen sich an- eignete. Ueber glänzende Resultate in derartigen Behandlung des Brustkrebses weilt Dr. Gustav Looie in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ zu berichten. Vorläufig tritt dabei noch eine Arbeits- teilung zwischen dem Chirurgen und dem Strahlungs-therapeuten ein, d. h. die Bestrahlung setzt, nachdem die Operation das Größte entfernt hat, als eine Art Nachbehandlung ein. Nach einigermaßen erfolgter Wundheilung wird die erste Bestrahlung in zwei Sitzungen gewährt, die sich erst vierwöchentlich, später vierteljährlich wiederholen, um nach zwei Jahren nur mehr einer reinen Beobach- tung Platz zu machen. Das gesamte reichhaltige Material eines großen Krankenhauses liegt der günstigen Beurteilung Dr. Looies zugrunde; man durfte fast 100 Proz. der Fälle als geheilt ansehen. Von hier schämt bis zu einer operationslosen Heilung jeglichen Krebses keine unüberbrückbare Kluft mehr zu sein.

Edison über die Kunst des Erfindens.

Thomas Alva Edison, der am 10. Februar seinen 70. Geburts- tag feiert, war, wie alle internationalen Persönlichkeiten, stets das Ziel zahlreicher Anfragen, und es gibt wohl keine Frage zwischen Himmel und Erde, die nicht irgend einmal diesem „König der Er- finder“ gestellt wurde. Am meisten aber interessierte man sich stets dafür, ob das Erfinden lediglich eine Sache angeborenen Talents sei oder ob es auch hier einen Weg gäbe, durch Lernen und Selbst- disziplin einen gewissen Grad von Fertigkeit zu erlangen. Hierüber wurde Edison vor Jahren von einem amerikanischen Journalisten befragt, und diese Unterredung rief um so größeres Aufsehen hervor, als Edison der festen Ueberzeugung Ausdruck gab, daß das Erfinden gelernt werden könne. „Zweifello“, sagte er, „kann man einen Menschen darin unterrichten, den in jedem geistig-starken Individuum schlummernden Erfindungsinstinkt zu wecken und zu entwickeln. In dieser Hinsicht kann man das Erfinden ohne weiteres mit anderen Verrufen, wie z. B. mit dem des Groß- kaufmanns oder des Krieger vergleichend. Tausende von Leuten wären bekannte Erfinder geworden, wenn sie bloß ihre Ideenwelt bewußt gepflegt hätten, denn der Erfinderkern ist fast in jedem Kopf vor- handen. Erfinden kann gelehrt werden, wenn der Schüler über die drei Grundeigenschaften verfügt: Energie, Unerge und Ein- bildungskraft. Ein solcher Unterricht würde am besten im zwölften Lebensjahr begonnen werden. Als Unterrichtsmethode erscheint es mir am besten, den Schüler zuerst praktische Probleme lösen zu lassen. Als Unterrichtsmittel denke ich mir Bücher und praktische Vorführungen. Für den Mittellosen wäre auch ein schriftlicher Unterricht denkbar. Die meisten Ideen werden durch starken Ehrgeiz geboren. Der Weg des Erfindens verläuft meiner Meinung nach so, daß die Phantasie die Ideen formt und zutage fördert und daß dann die technische Bildung da- zu verhilft, diese Ideen auch zur Ausföhrung zu bringen.“ Edison führte weiter aus, daß der Erfinder sich keineswegs in einem Wollen- fudselndem verirren dürfe, sondern stets mit beiden Füßen auf der Erde bleiben müsse. Er müsse sich immer zuerst von dem rein praktischen Wert der beabsichtigten Erfindung überzeugen, um erst hierauf an deren Ausföhrung zu schreiten.

Ein Luftbombardement Norwegens.

Am ersten Weihnachtstages hat, wie jetzt nachträglich bekannt wird, ein Luftbombardement Norwegens stattgefunden. Es waren aber nicht etwa feindliche Luftschiffe oder Flugzeuge, die Norwegen beschossen, sondern der Himmel selbst hat sich dieses Neutralitäts- bruches schuldig gemacht, indem er das Land mit mächtigen Feuerkugeln bombardierte. Nachdem S. Enebo zuerst eine Mitteilung über die höchst merkwürdige Erscheinung in der Presse veröffentlicht hat, erhielt er aus dem ganzen Lande eine große Reihe von Mitteilungen, auf Grund deren er

wieder zu Klitski herbei, der inzwischen auf die Straße ge- eilt war.

„Wir gehen in die Stadt, gnädiger Herr. Haben Sie keine Angst. Jossle ist mit Ihnen.“

Als sie an den kleinen Häuschen vorbeikamen, deren Inneres Klitski nunmehr kannte, flüsterte Jossle, indem er seine dreieckige Laterne emporhob:

„Es hat dem Herrn bei Weinbrant nicht gefallen? Ich hab's doch gleich gesagt. Das ist ein ganz ordinärer Be- gnügungsort... obwohl er und sie sehr anständige Leute sind.“

Klitski ging weiter, der Stadt zu. Er hörte nicht, was Jossle sprach, sah nicht die schwarzen Häuschen in der öden Landschaft; traurig und niedergeschlagen wandelte er wie schlaftrunken dahin.

IX.

Das Pfand.

Klitski wachte nicht, wie er nach seinem Hotelzimmer ge- kommen war, das ihm jetzt wie ein traulicher Zufluchtsort erschien. Unwillkürlich zog er Jankas Bild aus der Reise- tasche und blickte in das liebliche Gesicht des Mädchens. Es schien ihm, als schlürfte er einen erfrischenden Trunk aus reiner Quelle, als sammte er den Tau von morgenfrischen Blumen.

Mit aller Macht bemühte er sich, das Bild der schlafenden Prostituierten mit dem weißen Körper und den sonnen- verbrannten Händen zu verscheuchen.

Er legte sich zu Bett, doch konnte er lange nicht ein- schlafen. Alles, was er in den wenigen Stunden durchlebt hatte, all die ungewöhnlichen Dinge, die sich in der Finsternis dieses Städtchens abgespielt hatten, aus dem Schlamm heraus- gewachsene Gestalten und jene in der Kanzlei des mächtigen Polizeimeisters Logajew, der nach ihm und Stiefelteer rief, — das alles begann in dem tiefen Dunkel des Hotelzimmers ins Ungeheure zu wachsen und Wladyslaw noch mehr zu quälen als gewöhnlich.

Da ertönte plötzlich ein Schuß. Klitski richtete sich im Bett auf; er wunderte sich über nichts mehr. Man hörte deutlich, wie jemand mit schweren Schritten die Treppe hinaufstieg, laut vor sich hin sprach und den Korridor betrat. Dann ertönte ein seltsames Gepolter, denn das Individuum stieß mit dem Rücken gegen die Tür des Sozialzimmers. Sporen und Säbel klirrten, die Stimme ging in ein wildes Drummen, schließlich in ein Geheul über:

man imstande ist, Näheres über die Erscheinung zu be- richten, die seit Menschengedenken nicht erhört ist. Natürlich sind die ihm zugegangenen Beobachtungen von einander vielfach abweichend, durchweg nur ungenügender Natur, und überdies war zur Zeit der Erscheinung der Himmel mehr oder weniger bewölkt. So viel jedoch ist gewiß, daß am ersten Weihnachtstage zwischen 5 und 7 Uhr nachmittags ein Schwarm von Feuerkugeln über das Land dahingezogen ist. Sie verbreiteten ein so starkes Licht, daß Leute, die bei Lampenlicht in ihrem Zimmer saßen, deutlich wahrnahmen, daß die Blumenköpfe am Fenster ihre Schatten in den Raum hinein auf den Boden warfen. Die Erscheinung machte auf die Bevölke- rung einen tiefen Eindruck; die meisten sahen darin die Ankündigung kommenden Unglücks; Kinder brachen in Weinen aus, und viele Leute beteten. Nach Enebos Berechnungen scheint eine dieser Kugeln selbst selbst bei vorhöchstem Anlege einen Durchmesser von 150 Metern gehabt zu haben. Die Geschwindigkeit der Kugel betrug etwa 80 bis 40 Kilometer in der Sekunde.

Wenn ein solches himmlisches Geschloß zur Erde nieder- gefallen wäre, so wäre das sicher nicht ungefährlich gewesen. Glücklichweise bildet unsere Luftschicht einen elastischen, guten Puffer, der solchen himmlischen Vagabunden nur selten er- laubt, bis zur Erde herab durchzudringen, jedenfalls nicht im ganzen Zustande. Sie werden vom Luftwiderstande glühend, schälen sich ab, und lösen sich schließlich in Luftdämpfen auf; doch kann es vorkommen, daß kleine Teile zur Erde niederfallen. Der er- regte Feuerkugeln pflegen gesellschaftlich aufzutreten. In der Regel erscheinen sie in großen Schwärmen und ein solcher Schwarm muß die Erde gegen Abend des 25. Dezember 1916 passiert haben. In Norwegen sind sicher wenigstens vier Feuerkugeln beobachtet worden; doch kann es leicht sein, daß ihre Zahl erheblich größer war.

Eine interessante Kriegsgerichtsentscheidung.

Eine Entscheidung, die von einem Partier Kriegsgericht gefällt wurde, erregt in der französischen Presse allgemeines Aufsehen. Ein Soldat war plötzlich bei seiner Frau in der Heimat eingetroffen. Die Frau erfuhr bald darauf, daß ihr Mann keinen Urlaub erhalten hatte, sondern desertiert war. Sie zeigte ihn nicht an und suchte auch nicht, ihn zu der sofortigen Rückkehr an die Front zu über- reden. Als dann der Soldat wegen der Desertion verhaftet wurde, gingen die Behörden der Angelegenheit nach, stellten die geacht- lichen Begleitumstände fest, nahmen dann auch die Frau in Be- trachtung und klagten sie der Unterstützung des Vergehens an. In der ersten Verhandlung wurde die Frau auch zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die zweite Verhandlung aber vor dem obersten Ge- richtshof brachte ein freisprechendes Urteil. Und zwar lautete die Begründung: erstens ist in der ehelichen Wohnung der Mann nach dem Gesetz in seinem eigenen Heim, und die Frau hat keinerlei Recht, ihn auf irgend eine Weise aus diesem zu vertreiben. Zweitens verpflichtet das Gesetz die Frau, mit ihrem Manne zusammen- zuwohnen, wie immer sein Verhalten gegen besondere Vorschriften sein mag. Auch hat sie selbst nicht das Recht, ihn zu verlassen. Drittens soll nach dem Geist des Eheparagrafen die Frau ihren Mann lieben. Dies gewährt ihr auch das Recht, ihn bei einem Ver- gehen nicht zu verraten.

Notizen.

— Theaterchronik. Die Mittwoch- und Sonnabends nachmittags im Theater des Westens stattfindenden Aufführungen werden unter der Direktion Leopold Thurners mit „Wilhelm Tell“ neu eröffnet.

— Das Theater als Wärmehalle. Das Viefelder Stadt-Theater wird trotz Kohlennot gleichzeitig als Volkswinter- haltungsstätte für Kriegervamilien und als Wintercafé in Betrieb gehalten.

— Ein heller Kopf in der Schule. Im offiziellen Bericht über die Schulverwaltung des Jahres 1916: Bürger, Bauer und Edelmann weitesterten, dem Vaterlande zu dienen.“ Beim Unterricht soll frühzeitig diesen Abschnitt des Buches frei vortragen. Er endet seine Erzählung mit den Worten: „Bürger, Bauer und Edelmann weitesterten, am Vaterlande zu verdienen.“ („Jugend“.)

— Städtischer Kinematographenbetrieb. In mehreren Städten Norwegens sind kommunale Kinematographen- betriebe eingerichtet worden, die im vergangenen Jahre gut ab- geschlossen haben. Frederikshald hat einen Ueberfluß von 28 700 Kronen aufzuweisen, davon 9000 Kronen für Neuanschaffungen Ver- wendung finden, der Rest dagegen an die Stadtkasse abgeführt wird. Die Stadt Sarpsborg erzielte einen Reingewinn von rund 15 000 Kronen, bedeutend mehr als vorausgesehen war. Mehrere andere norwegische Städte, darunter auch Kristiania, planen gleichfalls die Einführung solcher Betriebe.

„Portier, wo ist mein Zimmer?“ rief eine trunksche, von Schlafen unterbrochene Stimme.

„Der Herr Offizier, sehen ja vor der Tür!“ erwiderte eine andere Stimme, in der Klitski die tiefe, schüchternen Stimme des Hausdieners erkannte.

„Du klitski, das ist nicht mein Zimmer. Ich kann es nicht öffnen.“

Hierauf wurde mit den Stiefeln aus ganzer Kraft und unter Begleitung der verschiedensten mütterlichen Gegen- sprüche gegen die Tür geschlagen. Die Tür gab nicht nach. In Klitskis Zimmer zitterte alles. Er sprang aus seinem Bett, öffnete die Tür und sah auf dem Korridor vor der Tür des Nachbargimmers einen jungen, schönen Offizier mit blondem Haar und träumerischen blauen Augen. Er hatte den Mantel um die Schultern geworfen, in der Hand hielt er einen Revolver. Er war bis zur Verunstlichkeit betrunken. Speichel floß aus seinem, von einem Schnurrbart umschatteten Mund.

Am Ende des Korridors stand der Hotelwirt, ohne zu wagen, sich dem wie toll gebärdenden Offizier zu nähern. Aus den Türen steckten die erschrockenen Reisenden die Köpfe heraus. Klitski gegenüber ließ sich jene blasse, brünette Frau sehen, die am Abend zuvor ihren Paß verlangt hatte. All- gemeine Angst erfüllte den Korridor des Hotels. Jörn und But stiegen in Klitski auf gegen den betrunkenen jungen Offizier, der in so rücksichtsloser Art das ganze Haus in Schrecken versetzte.

„So geht es jede Nacht hier zu.“ bemerkte die blasse Frau, die in dürtiger Kleidung auf den Korridor hinaustrat. „Warum wirft der Wirt ihn nicht hinaus?“ entgegnete Klitski.

„Das kann er nicht! Die anderen Offiziere haben ihn vor zwei Wochen hier als Pfand zurückgelassen.“

„Als Pfand?“

„Jawohl! Sie sind hier in einer ganzen Bande an- gekommen, haben sich satt gegessen, dann hatten sie kein Geld, die Rechnung zu bezahlen, und ließen ihn als Pfand hier. Er wird nun so lange hier bleiben und sich so aufführen, bis sie ihn auslösen.“

Mit einer gewissen Melancholie fügte sie hinzu: „Ach ich bin hier verpfändet worden.“

(Fortf. folgt.)

Eingegangene Druckchriften.

Die rumänische Volkswirtschaft. Herausgegeben im Auftrage der Militärverwaltung in Rumänien. 1,50 M. Verlag Germania, U. G., Berlin O 2.

Der englische Staat und der deutsche Staat. Von Ferdinand Damm. 3,60 M. Verlag Karl Curtius, Berlin W 33.

Ein Beitrag zur Kriegsführung. Von H. Sauer. 35 Pf. Selbstverlag, Karlsruhe, Winterstr. 20.

Die England die deutschen Kolonien bewertet. Von R. Rein. 2 M. Verlag Weltanschauung, Berlin W 8.

Der Weltkrieg. Eine Monatschrift für Gegenwart und Geschichte der Welt. Januar 1917. Jedes Heft 1 M. Insel-Verlag Leipzig.

Judisierungen. Erlebnis und Brautzeit. Von H. D. Weber. 2 M. — Judisierungen. Neue Folge. 2 M. Verlag Heinrich D. S. Bachmann, Berlin W 52.

Praktische Gebärdensprache. Von H. R. Müller. 1,80 M. Franzische Verlagshandlung, Stuttgart.

Politik und Nationalpolitik. Von Herman Kranold. 2 M. Verlagsanstalt „Globus“, Dresden.

Cyrenenische Kriegshelme. 3. Heft: Der Wiederaufbau der Provinz IL 1 M. — Probleme der Friedenswirtschaft. Von Walter Rathenau. 75 Pf. Verlag E. Pfeiffer, Berlin W 57.

Wesen über den vaterländischen Hilfsdienst. 1 M. Verlag J. Guttenberg, Berlin W 10.

Deutschlands Kriegsjahre. Von Dr. Erich Brandenburg. 1,20 M. Verlag Quelle u. Meyer, Leipzig.

Ein Zoll- und Wirtschaftsband zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Von Dr. Roger Freiherr v. Battaglia. 24 M. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien.

Deutsche Brömmigkeit. Von Walter Lehmann. 4 M. — Rußland und Europa. Von Vladimir Solowjew. 1,50 M. Verlag Eugen Diederichs, Jena.

Die künstlerischen und wirtschaftlichen Irrwege unserer Baukunst. Von Hans Gähls und E. Steppan. 2,50 M. Verlag H. Pieper u. Co., München.

Die Grundlagen der natürlichen Kampf- und Lebensgemeinschaft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Von R. H. Soethlicher. Verlag Vulliammer u. Nöldeke, Berlin W 96.

Wie fattiere ich? Wie rekurriere ich? Das Einkommensteuerrecht und Militärrecht. 40 Heller. Verlag Jg. Brand u. Co., Wien VI/1.

Unter Recht auf den H-Boots-Krieg. Von Konteradmiral Carl Hollweg. 1 M. Verlag Ullstein u. Co., Berlin SW 68.

Wenn die Schatule feiert. Skizzen aus der Russenzeit in Galizien. Von Hermann Sternbach. 1,20 M. Buchverlag, Weimar.

Volksrechtliche Geschichte des deutschen Liberalismus. Von Hermann Schmalz. 1 M. Verlag Ernst Reinhardt, München.

Unfallverhütung in der Nahrungsmittelindustrie. Berufs- und Fabrikverhütung. Von Georg Urban. 8 M. — Unfallverhütung in der Nahrungsmittelindustrie. Von Georg Urban. Verlag Dietrich Reimer, Berlin.

Die Trugheit der Annie Besant und andere Irrtümer der theosophischen Gesellschaft. Von Karl Rohm. 50 Pf. Verlag Karl Rohm, Lorch (Bürt).

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Werden
Bei Einzelkäufen empfohlen.

Oregon, Farben
Kunststoffe, 19
Insb. Schmelzverfest.

Fleisch- u. Wurstwerk
Wickert,
Gutschmanns Centr. Str. 159.

Herr-, Dam-, Knab- u. Mädchen-Garder.
Votorenstr. 14
fertig u. n. Maß

Kolonialwaren
Stollitzer
Str. 67

Mehlhandlungen
L. E. Fink, Pankstr. 92.

Möbelmagazine
Reichswehrstr. 97
Tischlermeister

Wiese & Co.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Werden
Erstklassig wiederlich etwas.
Bei Einzelkäufen empfohlen.

Butter, Eier, Käse
P. H. Ackermann, 8 Filialen

Mehlhandlung
Königsberger
Str. 26/27

Photograph. Ateliers
Haymann, Frankfurt-Allee 21
Frag. Ringbuh, Frank. Allee
L. U. Zschalke, Andree-
str. 23 a. Andree-
str. 23

Schuh- u. Besohlanarbeiten
Petersburger
Str. 48

Warenhäuser
Hamburger Warenhaus Max Fleck
Alte-Str. 11, Warz.-L. 2. 5. 5.

Zahn-Atelier Wohlfeld
Kass. Str. 49 (an A. v. v. v. v.)

Brille und Kneifer.

Falsche Ansichten! Wie so oft hört man die alte törichte Redensart, die zum Schaden vieler Augen fast unausstößbar ist: „Wan soll keine Augen nicht so zeitig an Gläser gewöhnen.“ Das Auge leidet ja gerade darunter, daß es beim Lesen oder Arbeiten übermüdet wird, da die schon veränderte Kristalllinse des Auges ihre Aufgaben nur unter Gewalt erfüllen kann, während ein leichtes, genau bestimmtes Glas dem schwachen Auge eine wahrhaft wohltuende

Stütze ist. Ein gutes Arbeitsglas macht Lesen, Nähen zum Vergnügen. Kindelens alle zwei Jahre lasse man sich seine Augen untersuchen oder seine Augenläser prüfen, ob sie dem jeweiligen Zustand der Sehkraft noch entsprechen. — Was ist praktischer, Brille oder Kneifer? Eine oftmals schwer zu beantwortende Frage! Es kommt viel auf Gewohnheiten an, ob das Augenlos nur kurze Zeiten getragen wird, ob die Nase für Kneifer geeignet ist, alles Fragen, die der gewissenhafte Augenoptiker nach gelöst hat. Falls ist es aber unbedingt zu glauben, daß jeder Kneifer so abgesehen brüht, wie es die Kneiferträger früher gewohnt waren. Langer Ausdauer und praktischer Verläßlichkeit hat es bedingt, einen Kneifer zu

konstruieren, der den Ansprüchen an einwandfreie, bequemen und doch festen Eis entspricht. Es ist der bekannte Optiker Kloss' Optischen Institut in ihrem Ortho- zentrischen Kneifer vollends gelungen. Optiker Kloss' Kneifer hat sich sowohl als Arbeits- wie als Fern- kneifer vorzüglich eingestellt und wird von ärztlichen Autoritäten als praktische Form empfohlen. Beim Nähen und Arbeiten, die längere Zeit erfordern, wird die Brille in ihren alten Rechten bleiben. Aber auch hier ist es wichtig darauf zu achten, daß die Brille mit der peinlichsten Genauigkeit verpaßt ist. — Augenläserbedürftigen wird daher der Hinweis auf Optiker Kloss' Optische An- stalt, einem augenärztlich empfohlenen Spezial-Institut

für Augenläser, zweifellos dienlich sein. Es ist leicht- verständlich, daß dort sämtliche Formen von Augen- gläsern erhältlich sind und zwar zu billigsten Osten- preisen, so daß sie jedem erschwinglich sind. Um Ver- wechslungen zu vermeiden, empfiehlt es sich aber dringend, auf die genaue Adresse und Name

Optiker Kloss', Frank- furter Allee 21, 2. Haus v. Ecke Boxhagenerstr., zu achten.

Warenhaus Wilhelm Stein

70-71 Chausseestrasse ♦ BERLIN N. ♦ Chausseestrasse 70-71

Wirtschaft

- 1 Fussbank 95 Pf.
- 1 Gewürzschrank 95 Pf.
- 1 Eierschrank 95 Pf.
- 1 Besteckkasten 95 Pf.
- 1 Eckbrett 95 Pf.
- 1 Kleiderleiste 95 Pf.
- 1 Küchenskonsol 95 Pf.
- 1 Handtuchhalter 95 Pf.
- 1 Putz- und 1 Wischkasten 95 Pf.
- 1 Toilette-Papierhalt. mit Spiegel 95 Pf.
- 1 Handtuchhalter mit Einlage 95 Pf.
- 1 Waschbrett 95 Pf.
- 1 bezog. Aermelplättbrett 95 Pf.
- 1 Putzkasten und 2 Pakete Blitzblank 95 Pf.
- 1 Wischkasten u. 1 Schuh- creme 95 Pf.
- 1 Blank u. 1 Auftragbürste 95 Pf.
- 1 Kopfbürste 95 Pf.
- 1 Kleiderbürste 95 Pf.
- 1 Blankbürste 95 Pf.
- 1 Springform 95 Pf.
- 1 Napfkuchenform 95 Pf.
- 2 Puddingformen 95 Pf.
- 1 grosse Puddingform ... 95 Pf.
- 1 Briefkasten 95 Pf.

Wirtschaft

- 1 Reibeisen m. Holzrahmen } 95 Pf.
- 1 Kaffeesieb } 95 Pf.
- 1 Rehrückenform 95 Pf.
- 1 Kuchenform } 95 Pf.
- 1 Brühsieb } 95 Pf.
- 1 Ringständer 95 Pf.
- 15 Pakete Blitzblank 95 Pf.
- 1 Rasier-Apparat mit Klinge im Etui 95 Pf.
- 12 Klingen extra 95 Pf.

Emaile

- 1 Schmortopf 95 Pf.
- 1 Kaffeekanne } 95 Pf.
- 1 Kaffeefrichter } 95 Pf.
- 1 tiefe Küchenschüssel ... 95 Pf.
- 1 flache Küchenschüssel .. 95 Pf.
- 1 Kessel für Gas 95 Pf.
- 1 Schüssel } 95 Pf.
- 2 Kaffeebecher } 95 Pf.
- 1 Kloseitbürstenhalter } 95 Pf.
- 1 Wassermass } 95 Pf.
- 1 Waschbecken mit Seifensapf 95 Pf.

Parfümerien

- 1 Flasche Birkenwasser .. 95 Pf.
- 1 Flasche Bayrum 95 Pf.
- 1 Fl. Peru-Tannin-Wasser 95 Pf.
- 1 Fl. Kamillen-Haarwasser 95 Pf.
- 1 Flasche Franzbranntwein 95 Pf.
- 1 Flasche Haarkraftwasser 95 Pf.
- 1 Flasche Köln. Wasser .. 95 Pf.
- 2 Flaschen Köln. Wasser .. 95 Pf.
- 1 Fl. Köln. Wasser m. Blumen- dult 95 Pf.
- 1 Parfümzerstäuber 95 Pf.
- 1 Haarbürste 95 Pf.
- 1 Frisierkamm 95 Pf.
- 1 Zahnbürste u. 1 Schachtel Zahnpulver 95 Pf.
- 1 Wellenschere 1 Lockenschere 1 Frisierlampe. 95 Pf.
- 2 Pak. Waschlupfer ohne Kante erhältl. 95 Pf.
- 15 Pakete Blitzblank 95 Pf.

Porzellan

- 2 Vorratsstonsen Delftdecor . 95 Pf.
- 2 Essig- und Oelflaschen Delftdecor 95 Pf.
- 1 Salz- oder Mehlreste Delftdecor 95 Pf.
- 4 Gewürztönnchen Delftdecor 95 Pf.
- 1 Satz Milchtöpfe Delftdecor 95 Pf.
- 1 Satz Salats mit Rosenkante 95 Pf.
- 6 Paar Tassen bunt 95 Pf.
- 1 Kaffeesevice Rosenkante, für 2 Personen ... 95 Pf.
- 2 Gemüsestonsen m. Goldstemp. 95 Pf.
- 1 Salz- oder Mehlreste mit Goldstempel 95 Pf.
- 2 Essig- und Oelflaschen mit Goldstempel 95 Pf.
- 4 Gewürztönnchen mit Gold- stempel 95 Pf.
- 1 Satz Milchtöpfe m. Goldstemp. 95 Pf.
- 1 Kaffeekanne m. Rosenkante 95 Pf.
- 1 Zuckerdose u. 1 Milchtopf mit Rosenkante 95 Pf.
- 4 Paar Tassen mit Rosenkante 95 Pf.
- 1 Butterdose u. 1 Marme- ladendose mit Rosen 95 Pf.
- 4 Mittelteller mit Rosenkante. 95 Pf.
- 3 Paar dünne Tassen mit Rosenkante 95 Pf.
- 1 Kaffeegeschirr für 2 Personen mit Gold 95 Pf.
- 6 Portions-Obertassen ... 95 Pf.
- 1 grosser Kuchenteller und 6 kleine Teller bunt 95 Pf.
- 1 Satz Salats 7 Stück, bunt . 95 Pf.
- 1 Kaffeekanne mit Goldrand 95 Pf.
- 6 Paar Tassen mit Goldrand. 95 Pf.
- 1 Teekanne mit Rosenkante . 95 Pf.
- 6 Kaffeebecher bunt 95 Pf.
- 4 Paar Tassen bunt 95 Pf.
- 4 Paar Tassen blau 95 Pf.

Porzellan

- 1 Kaffeekanne bunt ... } 95 Pf.
- 1 Milchtopf bunt } 95 Pf.
- 1 Zuckerdose bunt ... } 95 Pf.
- 6 Paar Tassen dazu passend 95 Pf.
- 6 Kinderteller mit Klockante 95 Pf.
- 4 Kaffeebecher bunt 95 Pf.
- 2 Salatsnapfe bunt 95 Pf.
- 1 Kuchenkorb durchbrochen 95 Pf.
- 6 kl. Milchtöpfe Mählendek 95 Pf.
- 1 Kuchenteller durchbr. } 95 Pf.
- 1 kl. Fruchtkorb durchbr. } 95 Pf.

Steingut

- 6 Speiseteller weiß 95 Pf.
- 4 Speiseteller blau 95 Pf.
- 1 Bratenplatte mit Goldrand 95 Pf.
- 1 Salatsnapf mit Goldrand ... 95 Pf.
- 1 Waschbecken 95 Pf.

Beleuchtung

- 3 Glühstrümpfe 95 Pf.
- 6 Gaszylinder 95 Pf.

Glas

- 8 Bierbecher hohe Form ... 95 Pf.
- 6 Bierbecher mit Goldrand .. 95 Pf.
- 6 Bierbecher geschliffen ... 95 Pf.
- 4 Bierbecher geschliff., Goldr. 95 Pf.

Bijouterie

- Wachspieren-Kollier m. Smitt- Schloß 95 Pf.
- Kollier imitiert Bernstein ... 95 Pf.
- Kollier imitiert Koralle, 2 reihig 95 Pf.
- Kollier imit. Koralle, m. Armband 95 Pf.
- Kollier und Simili-Brosche 95 Pf.
- Brosche und Bolero-Nadel 95 Pf.
- Moderne Brosche Emaille . 95 Pf.
- Moderne Brosche Porz.-Mal. 95 Pf.
- Bolero-Nadel 800 Silber ... 95 Pf.

Galanterie - Nippes

- Glasvasen geschliffen 95 Pf.
- Nippes-Figuren 95 Pf.
- 2 Posikarten-Rahmen ... 95 Pf.
- 2 Griseldis-Rahmen 95 Pf.
- 2 Kabinett-Rahmen 95 Pf.
- Kabinett-, Griseldis-, Makart-Rahmen Stück 95 Pf.

Lederwaren

- Marktaschen 95 Pf.
- Damen-Handtaschen ... 95 Pf.
- Kinder-Handtaschen ... 95 Pf.
- Damen-, Herren- u Sport- Portemonnaies 95 Pf.

Schreibwaren

- Briefpapier in Kartons 25 Bog. 25 Kuv. 95 Pf.
- Mappe Leinenpapier 25 Bog 13 Kuv 95 Pf.
- Postkarten-Alben 197 300 Karten 95 Pf.
- Brieftaschen für Feld mit Nolle- buch 95 Pf.
- Jugendchriften 95 Pf.